
BESETZERINNEN ZEITUNG
JAHRGANG 2 NR. 30 23. Juli 92
BZ

vorwort (jede bewegung is ne tortour)
es ist heiß. das ist aber immer noch kein grund, uns nix zu den häuserräumungen in Potsdam und Göttingen zuzuschicken. über Potsdam ist bei uns so gut wie nix bekannt, nicht mal, um welche Villa es sich nun eigentlich gehandelt hat) und von Göttingen wissen wir, daß das haus direkt nach der räumung abgerissen wurde. dazu gab's letzte woche dienstag eine spontandemo im Friedrichshain.
Aufgeschoben hingegen ist der räumungstermin für die neubesetzte Kastanienallee 77 im Prenzlauer Berg, bis die hauskaufverhandlungen gescheitert sind. räumungsgerüchte coursieren auch im Friedrichshain. nachwievor haben noch immer über 10 häuser keine verträge. mehr dazu im F-rat-prot auf seite pfier. apropos 4 seiten: wenn ihr in der letzten bz pfier seiten vermißt habt, die ursprünglich im pforwort auch noch ziemlich großkotzig angekündigt waren (und die ihr auch in diesem heft wieder pfergeblich suchen werdet (pfalls es euch überhaupt interessieren würde (pfalls ihr's lesen könntet))), dann habt ihr gut aufgepaßt. wie das zustande kam, werdet ihr in drei jahren in unseren memoiren (oder einem zwischenbericht ebenjener) nachlesen können - wir verpetzen nämlich niemanden, auch nicht DICH, liepster... (grim,groll,grummel,schimpf) aber jetzt mal ernst: daß wir es nicht immer schaffen, nach zwei wochen rauszukommen und manchmal wesentliche berichte fehlen, liegt auch an unserem akuten personalmangel nicht nur im sommerloch. wer lust hat, einzusteigen, der/die wende sich bitte vertrauensvoll an eineN unserer RedakteurInnen oder falls ihr so blind seid und uns noch nicht enttarnt haben solltet reicht ein kleines kärtchen (bild, autonomer lebenslauf, szeneausweis unerwünscht) an unsere adresse (jetzt nur noch im osten).
gefreut haben wir uns über die post. in Solingen eröffnet demnächst ein neuer Infoladen tat(W)ort, Am Werwolf 14, W-5650 Solingen 1 (die féte steigt am 15.8.). viel kraft dabei! das mit dem freiabo geht natürlich klar. Falls ihr alte Nummern für's archiv haben wollt, schreibt uns. Klasse war auch der brief aus Giffhorn. die spende war noch nicht rausgeklaut.
weniger erfreulich war für uns, im RuhrgebietsInfo den Artikel zum Umweltzentrum in Münster finden zu müssen. wir erwarten von euch eine stellungnahme dazu, weil wir's einen hammer fänden, wenn diese sichtweise wirklich den tatsachen entspricht. wieso stand dazu nix in der neuen Unfaßba? Interessant war dafür aber der Artikel von Nina (liebe grüße, du kriegst dazu von uns dazu noch was geschickt).
das bonbon auf der rückseite wurde uns in letzter minute noch aus großbritannien zugwspielt. wir hoffen für euch, daß der druck den vollen genuß beim betrachten zuläßt. bis denne hoffentlich in zwei wochen

BØ
23.7.92

inhalt

v.i.s.d.p.:Francesco Crucitti

Herausgeberin: Fanclub des behandelnden Ärzteteams im Gemelli-Krankenhaus

unsere einzige Redaktionsadresse
(bitte keine Post ans LAI mehr!):
Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr.10a
O-1054 Berlin



Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

PROTOKOLL vom FRIEDELRAT am 19.7.

Es gab ihn mal wieder, den Friedelrat.
Um es gleich vorwegzunehmen, er war ziemlich gut und auch ziemlich gut besucht! Und damit alle was von haben, kommt jetzt hier eine kurze Zusammenfassung der besprochenen und beschlossenen Sachen.

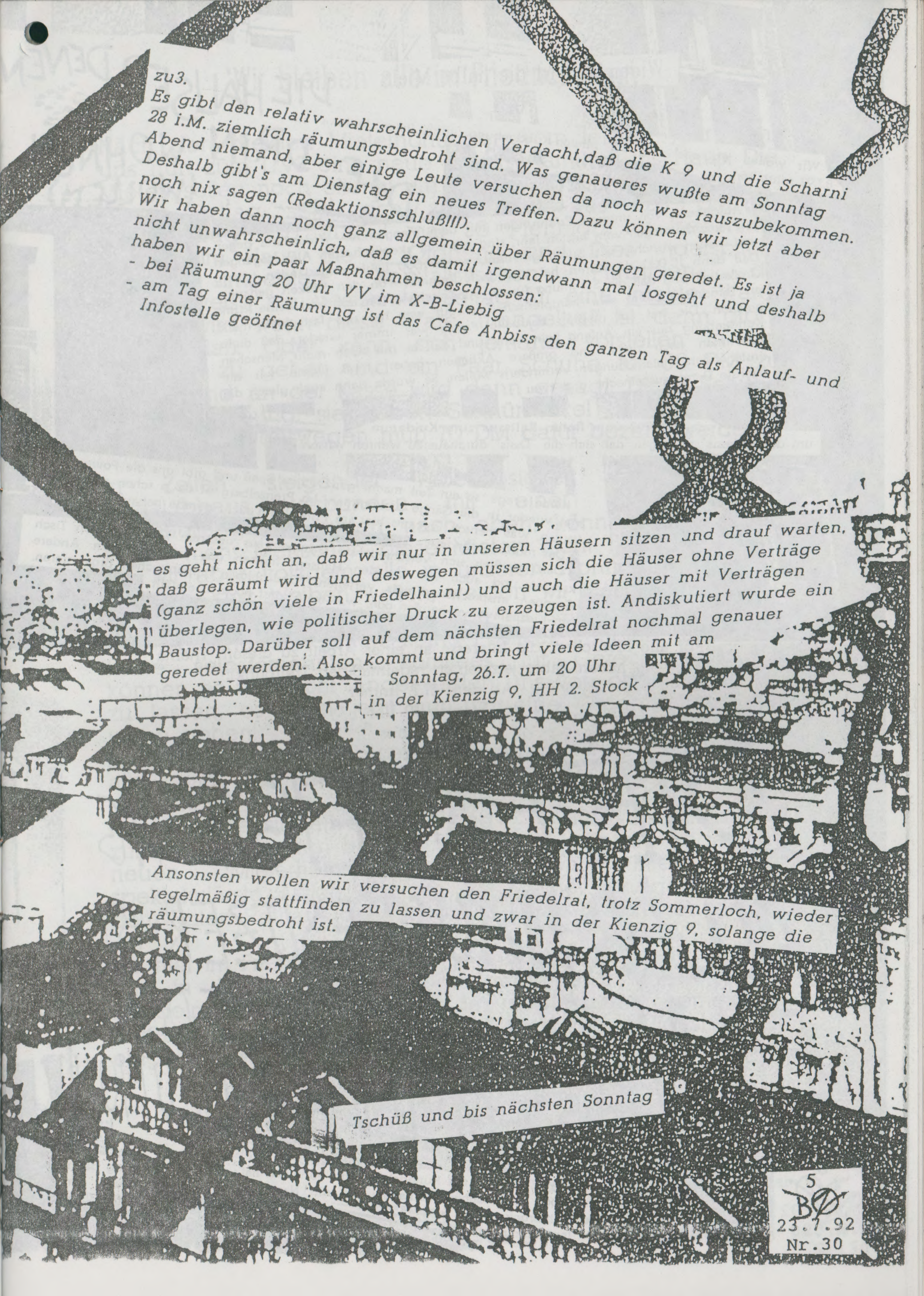
Themen waren:
1. Liebig 16
2. Mietenaktionsbündnis
3. Räumungsgerüchte Kienzig 9 und Scharnweber 28 (SEK)

zu 1.
In die Liebig 16 sind in den letzten Wochen ein paar neue Leute eingezogen und haben Streß mit den schon länger als Schläger bekannten Leuten aus ihrem Haus bekommen. Das Ganze hat so vor ca. 2 Wochen angefangen und ist dann am Samstag und in der Nacht zum Sonntag total eskaliert. Was näheres drüber zu schreiben ist hier unnötig, weil in den nächsten Tagen aus der Liebig 16 selbst noch ne genaue Darstellung der Sache kommt und ich den Leuten nicht vorgreifen will. Jedenfalls sieht's jetzt so aus, daß nach ziemlich viel Nervenstreß und ner Nacht mit wenig Schlaf (auch für Leute aus anderen Häusern in der Straße) die 3 wohl ausgezogen sind. Und das haben alle in der Straße doch mit sehr viel Erleichterung vernommen, was auf'm F-Rat deutlich rüberkam. Wo die Leute jetzt sind ist nicht so ganz klar, nur daß einer von denen im Tacheles wohnen soll, scheint gesichert. Außerdem werden Racheaktionen erwartet, aber ein Warnsystem ist schon eingerichtet.

zu 2.
Es ist beschlossen worden ein Mietenaktionsbündnis hier im Friedelhain anzuleiern, ähnlich wie WBA im Prenzelberg. Dazu sollen andere Gruppen aus dem Kiez angesprochen werden und zu einem Treffen am

Montag, 3.8.92 um 20 Uhr
im Versammlungsraum vom X-B-Liebig

eingeladen werden. Außerdem gibt's ab dem 27.7. immer Montags um 19 Uhr im Cafe Anbiss in der Kreuziger 22 ein regelmäßiges Treffen für alle interessierten Leute.
Alles weitere dazu könnt ihr in den beiden Texten hier im Heft ("Widerstand ist die halbe Miete" und "Wir bleiben alle im Friedrichshain") nachlesen.



zu3.
Es gibt den relativ wahrscheinlichen Verdacht,daß die K 9 und die Scharni 28 i.M. ziemlich räumungsbedroht sind. Was genaueres wußte am Sonntag Abend niemand, aber einige Leute versuchen da noch was rauszubekommen. Deshalb gibt's am Dienstag ein neues Treffen. Dazu können wir jetzt aber noch nix sagen (Redaktionsschluß!!!).
Wir haben dann noch ganz allgemein über Räumungen geredet. Es ist ja nicht unwahrscheinlich, daß es damit irgendwann mal losgeht und deshalb haben wir ein paar Maßnahmen beschlossen:
- bei Räumung 20 Uhr VV im X-B-Liebig
- am Tag einer Räumung ist das Cafe Anbiss den ganzen Tag als Anlauf- und Infostelle geöffnet

- es geht nicht an, daß wir nur in unseren Häusern sitzen und drauf warten, daß geräumt wird und deswegen müssen sich die Häuser ohne Verträge (ganz schön viele in Friedelhain!) und auch die Häuser mit Verträgen überlegen, wie politischer Druck zu erzeugen ist. Andiskutiert wurde ein Baustop. Darüber soll auf dem nächsten Friedelrat nochmal genauer geredet werden. Also kommt und bringt viele Ideen mit am

Sonntag, 26.7. um 20 Uhr
in der Kienzig 9, HH 2. Stock

Ansonsten wollen wir versuchen den Friedelrat, trotz Sommerloch, wieder regelmäßig stattfinden zu lassen und zwar in der Kienzig 9, solange die räumungsbedroht ist.

Tschüß und bis nächsten Sonntag

Widerstand ist die halbe Miete

DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN (WOLLEN)

Wir wollen jetzt mal was zur Mieten-Kundgebung vorm Roten Rathaus am 8.7.92 schreiben.

Ausgehend von unseren Erfahrungen mit dem mangelnden Widerstand gegen die Mieterhöhungen vom letzten Jahr, sind wir sehr skeptisch zum Alex gegangen und hätten es schon als Erfolg gewertet, wenn 1000 Leute dagestanden hätten. Daß dann 10.000 da waren hat uns doch förmlich von den Socken gehauen. Großartig!! Und daß die Stimmung für ne Bündnisaktion (das soll jetzt keine Kritik an Bündnissen sein) sehr kämpferisch und gut war hat uns fast noch mehr gefallen. Die mit am meisten bejubelte Parole war immer wieder, daß diese Kundgebung nur ein Anfang sein kann und daß es mit noch mehr Menschen zusammen noch mehr und größere Aktionen geben muß, wenn wir die anstehenden Mieterhöhungen verhindern wollen. So wurde dann auch gleich die nächste Demo ausgemacht, und zwar

am 9.9.1992 vom Roten Rathaus zum Ku'damm
um den "Wessis" zu zeigen, daß sich die "Ossis" durchaus zu wehren wissen.

Keine Frage, so ein Teil macht ganz schön Spaß und gibt uns die Power auch mal wieder in die Gänge zu kommen. Im Prenzelberg ist da ja schon einiges am Laufen, was mensch von uns hier im Friedelhain nicht gerade behaupten kann. Das muß sich ändern!

Dazu müßten sich verschiedenste Gruppen aus unserem Kiez an einen Tisch kriegen und auch wir aus den Häusern müssen uns was überlegen. Andere Gruppen ansprechen, Flugis verteilen, "Obdachlosen"suppenküchen organisieren, ein Kiezpalaver einberufen oder was euch sonst noch so einfällt.

Für alle Menschen, die Interesse an einer Arbeit zu diesem Thema haben, gibt's jetzt einen regelmäßigen Treffpunkt:
Ab dem 27.7. immer
Montag 19 Uhr
Cafe Anbiss
Kreuziger 22

DIE ENTEIGNUNG ALLER HAUSBESITZER IST EIN SCHRITT AUF DEM WEG ZUR SOZIALEN REVOLUTION!

P.S.: Am Ende von der Kundgebung am Mittwoch hat's uns die Stimmung dann doch noch ganz schön verhagelt, als die Nachricht von der Räumung der Oberbaumbrücke kam.
Kein Innenstadtring!!!

Wir bleiben alle im Friedrichshain

Nach den dreisten Mieterhöhungen vom letzten Jahr steht uns nun zum 1.1.93 eine neue Unverschämtheit ins Haus: Die Mieten sollen noch einmal um bis zu 2,10 DM/qm steigen! Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 1,20 DM/qm Grundbetrag und aus 3 mal 30 Pfennige für bestimmte Sachen im Haus, die in Ordnung sind. Dies widerspricht sogar simpelsten kapitalistischen Prinzipien, da normalerweise ein bestimmter Betrag für eine intakte "Ware" bezahlt wird, wenn diese "Ware" mangelhaft ist, dann gibt's Preisnachlaß. Oder kann sich jemand vorstellen in ein Kaufhaus zu gehen und ein Paar Schuhe für 50 DM zu kaufen und an der Kasse wird dann gesagt: Diese Schuhe sind in Ordnung, sie haben Schnürsenkel und die Nähte sind o.k. und deswegen muß 70 DM dafür bezahlt werden?!

In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und rapiden Sozialabbaus, verbunden mit einer hemmungslosen Umverteilung von unten nach oben, können und wollen immer mehr Menschen diese Mieten nicht mehr bezahlen. Da wir aber trotzdem alle in unseren Wohnungen und in unserem Kiez bleiben wollen, werden wir hier im Osten uns wehren müssen. Und das müssen wir selber tun, das kann uns niemand abnehmen, keine Politiker, Parteien und auch keine selbsternannten "Komitees für Gerechtigkeit". Wir können es uns nicht länger leisten uns von oben "vertreten" zu lassen, es kann jetzt nur um eine Organisierung von unten gehen!

Im Prenzlauer Berg gibt es die Initiative "WBA - Wir bleiben alle", die seit einiger Zeit für Furore sorgt. Das sind Menschen aus dem Kiez, die sich über Nachbarschaftsinitiativen und Kiezversammlungen zusammengefunden haben und nun gemeinsam gegen die neuen Mieterhöhungen ankämpfen. Ihre bisher spektakulärste Aktion war am 8.7.92 eine Kundgebung vor dem Roten Rathaus, zu der 10.000 Leute gekommen sind!

Wir hier im Friedrichshain sollten uns auch überlegen, ob wir uns in ähnlicher Weise organisieren und unsere Kräfte bündeln. Deshalb sollten wir uns treffen und gemeinsam darüber reden, ob wir zusammen ein Mietenaktionsbündnis eingehen wollen und wenn ja, wie. Wir schlagen deshalb als Termin vor:

Montag, 3.8.92 um 20Uhr
im Versammlungsraum des X-B-Liebig,
Liebigstr. 34

Mit freundlichen Grüßen
der Friedrichshainer Häuserrat

VERTEILT DIE MACHT, DAMIT SIE KEINEN MÄCHTIG MACHT!

Zum "Knatsch" im Umweltzentrum

Seit gestern, dem 28.4.92, sind wir - drei Frauen und drei Männer, die z.T. seit Jahren im Umweltzentrum arbeiten - aus dem UWZ ausgesperrt. Vier Männer und eine Frau aus der Ladengruppe haben dies in unserer Abwesenheit beschlossen. Das Schloß wurde ausgewechselt, uns mitgeteilt, daß wir in den Laden nicht mehr reinkommen. An der Tür befindet sich ein Zettel, das UWZ sei bis zum 6.5. geschlossen. Direkten Zugang zum Umweltzentrum haben somit nur noch die fünf, die uns rausgeschmissen haben.

WAS IST DAS UWZ?

Daus Umweltzentrum wurde 1980 vom Arbeitskreis Umwelt Münster gegründet. Es sollte Anlaufstelle und Treffpunkt für Gruppen und Personen sein, die unabhängig von Staat und Parteien politisch arbeiten wollen. Hierarchien soll es nicht geben; "eine Zensur findet nicht statt". Das Umweltzentrum versteht sich als anarchistischer Infoladen, sprich herrschaftsfreier Raum. Die Vorgänge, die sich nun abgespielt haben und bis zu unserem Rausschmiß reichen, beweisen sehr deutlich, was wirklich Sache ist.

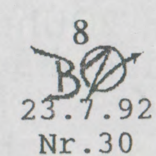
HIERARCHIEN IM UMWELTZENTRUM

Wir meinen, daß das Umweltzentrum seinem Anspruch, herrschaftsfreier Raum zu sein, nicht gerecht wird. Inoffizielle Hierarchien gibt es hier genauso, auch wenn ein Teil der Ladengruppe dies beharrlich abstreitet. Der überwiegende Teil der Ladengruppe setzt sich mit dem Laden gleich, andere Gruppen oder Menschen haben kaum Einfluß darauf, was im Laden läuft.

So entscheidet die Ladengruppe z.B. darüber, welche Infos weitergegeben werden, welche Gruppen sich in den Räumen treffen dürfen, wie das Geld angelegt wird, das erwirtschaftet wird. Da auch in der Ladengruppe nicht alle alles wissen (z.B. Buchführung, Finanzen, Einkauf, Verkauf), werden die Entscheidungen von vier oder fünf Leuten getroffen, die Einblick haben. Die Ladengruppe hat so nicht nur organisatorische Funktion, sondern bestimmt auch wesentlich die Inhalte. Das geht so weit, daß ein Teil der Ladengruppe z.B. einigen im UWZ arbeitenden Frauen verbot, einen geplanten FrauenLesbentag auch so zu benennen. Hierzu weiter unten mehr.

Unser Versuch, die Strukturen zu ändern, hat letztlich dazu geführt, daß eine Fraktion der Ladengruppe die andere Fraktion und die im UWZ arbeitenden Frauen rausgeworfen hat.

Wie ist es dazu gekommen?



23.7.92
Nr.30

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

30.3.: Auf einer Ladengruppensitzung stellen Frauen aus dem UWZ den Antrag, einen FrauenLesbentag im Umweltzentrum einzurichten. Ein Teil der Ladengruppe äußert Bedenken, ob es für ein gemischtes Zentrum sinnvoll sei, "Männer auszugrenzen". Die Diskussion wird nicht zuende geführt, eine Entscheidung auf die nächste Ladengruppensitzung vertagt.

7.4.: Es werden immer noch Bedenken angemeldet. Ein FrauenLesbentag sei "dogmatisch und ideologisch", die Benennung FrauenLesbentag sei "reaktionär bis faschistisch", weil "Lesben ausgegrenzt würden". Ferner wird befürchtet, daß sich der FrauenLesbentag "verselbständigt", sprich daß die Ladengruppe (7 Männer, 1 Frau) die Kontrolle über das UWZ verliert.

Die Diskussion wird von einem Typen (A.), der seit 10 Jahren im UWZ ist, so patriarchal und diktatorisch geführt, daß schließlich die Frauen und ein Mann aus der Ladengruppe den Raum verlassen. Den Frauen wird die Kompetenz abgesprochen ("Auf euer Niveau lasse ich mich nicht runter", "Ihr habt ja keine Ahnung - wenn ihr die hättet, würdet ihr Argumente bringen"). Er erteilt den Frauen ein Verbot, den Tag FrauenLesbentag zu nennen, solange das UWZ damit in Zusammenhang gebracht wird. Außerdem kündigt er an, keinerlei Werbung für diesen Tag zu drucken (A. ist Drucker der UWZ Schnelldruck GmbH und gleichzeitig deren Geschäftsführer. Die Druckerei gehört zur Hälfte ihm, zur Hälfte dem Umweltzentrum e.V., in dem er wiederum Vorstandsmitglied ist. Die 10 Vereinsmitglieder sind gleichzeitig fast alle in der Ladengruppe).

Daraufhin setzt sich eine Gruppe von rund 10 Leuten aus der Frauengruppe, einem Teil der Ladengruppe und anderen Menschen aus dem UWZ zusammen und beschließt, die patriarchalen und hierarchischen Strukturen im UWZ zum Thema zu machen. So werden zwei Diskussionspapiere geschrieben, eines von der Frauengruppe und eines von der gemischten Gruppe, die auf der nächsten Ladengruppensitzung besprochen werden sollen. Auf dieser Ladengruppensitzung wird - ohne A., der nicht da ist - einstimmig beschlossen, daß die Frauen in der Benennung des Tages autonom sind und die Ladengruppe hier nicht reinzureden hat. In dem gemischten Papier, das zugegebenermaßen sehr polemisch und zugespitzt formuliert war (was damit zusammenhängt, daß es in sehr kurzer Zeit und mit massig Wut im Bauch entstanden ist - übrigens war es nicht zur Veröffentlichung gedacht), wurde unter anderem eine Entmachtung der Ladengruppe gefordert. Der Vorwurf, die Ladengruppe würde Macht ausüben, wird von der angegriffenen Fraktion für

nichtig erklärt. Nach dieser Diskussion werden diejenigen, die Kritik geäußert haben, geschnitten und z.T. in ihrer Arbeit behindert. Zitat A.: "Willst du mir ein Gespräch aufzwingen? Mit dir rede ich nur noch unter Zeugen."

Zum großen Knall kommt es am 28.4.

Als die Frauengruppe zur Ladengruppensitzung kommt, wird sie von A. mit den Worten "Ihr könnt sofort wieder gehen" begrüßt. "Mit euch diskutieren wir nicht - das ist unser Laden und nicht euer Laden". Ein Teil der Ladengruppe wil das Papier der gemischten Gruppe intern diskutieren - ohne Leute von "außerhalb". Also nur mit 3 der 10 AutorInnen. Das FrauenLesbenpapier soll gar nicht mehr Thema sein.

Diejenigen aus der Ladengruppe, die dieses Vorgehen nicht in Ordnung finden, verlassen daraufhin (bis auf einen, der nach gemeinsamer Absprache zunächst dableibt), zusammen mit den Frauen die "Diskussion" und wenig später auch den Laden, da sie keine Lust haben, zu warten, bis ihnen eine Teilnahme gestattet wird.

Daraufhin zieht die Opposition ins FaRat-Café, um dort weiterzudiskustieren.

Einige Zeit später taucht die RausschmeißerInnenfraktion am Fenster auf und verkündet feierlich - mit hämischem Grinsen - unseren Rausschmiß.

Das bedeutet für uns: Keine Infos mehr, keine Möglichkeit, die Infrastruktur (Geräte, Verteiler, Kontakte) des Umweltzentrums zu nutzen - Verhinderung politischer Betätigung durch "GenossInnen", mit denen wir z.T. seit Jahren zusammengearbeitet haben.

Die Postfächer sind nicht mehr zu nutzen, die Arbeit, die wir ins Archiv gesteckt haben, ist hinfällig, wir können in unseren Archivbereichen nicht mehr arbeiten (FrauenLesbenAnArchiv, Repressionsarchiv, ZeitungsAnArchiv). Die FrauenLesbenmobilisierung zum G7-Treffen fällt flach.

Die RausschmeißerInnenfraktion hat damit unter Beweis gestellt, daß unsere Auffassung, sie habe Macht und mißbrauche sie, zutrifft.

Aber das nehmen wir nicht hin! Das UWZ ist auch unser Laden und lebt auch von unserer Arbeit!

Der Laden gehört all denen, die in ihm arbeiten und ist nicht das Privateigentum einer kleinen Clique.

In autonomen Zusammenhängen wird von verschiedenen Infoläden überlegt, das UWZ zu boykottieren. Nachdem auf dem bundesweiten Infoladentreffen in Hamburg zwei Typen aus der RausschmeißerInnenfraktion heftige patriarchale Sprüche abgelassen haben und nachdem allgemein der Eindruck entstanden ist, daß das UWZ auf einem üblen Kommerztrip sei. Kommentar von A.: "Das ist mir scheißegal".

Zeigen wir ihnen, daß es uns nicht egal ist, was in unseren Läden läuft! Das geht nicht nur einige an, das geht die gesamte münsteraner Szene an. Über die Vorfälle im UWZ wollen wir mit mehr Leuten diskutieren - vor allem muß die "Rest-Ladengruppe" sich dieser Diskussion stellen.

Das Schloß muß sofort wieder ausgewechselt werden!

Wir fordern:

-freien Zutritt zum Laden, unbehinderte Arbeitsmöglichkeit;

- die RausschmeißerInnenfraktion muß die Gesinnungsprüfung ("Gehörst du zu der anderen Fraktion? Wenn ja, kommst du hier nicht rein" - Originalzitat) einstellen;

- die Aussperrung sofort beenden;

- wir fordern weiter eine Diskussion um die Strukturänderung mit allen Leuten, die das wollen und nicht nur innerhalb der Ladengruppe;

- wir fordern einen autonom organisierten FrauenLesbentag;

- einen autonomen Infoladen Umweltzentrum ohne Chefstrukturen und ohne Boß!

Alle, denen am Umweltzentrum liegt, fordern wir auf, am **Donnerstag, 14.5., um 18.00 Uhr** in den Fachschaftsrat, Scharnhorststr. 103, zu kommen, um die Vorfälle zu diskutieren - **dieser Diskussion muß sich auch die RausschmeißerInnenfraktion stellen!**

Ansonsten - wenn sie das nicht tut und der jetzige Zustand aufrechterhalten wird - werden wir uns andere Maßnahmen überlegen. Die Angst der RausschmeißerInnenfraktion vor "militanten Aktionen" ist übrigens reichlich hohl - wir würden im Laden, den wir nach wie vor auch als unseren Laden begreifen, wohl kaum die Scheiben eindeppern.

Umwälzzentrum im Exil



OSNOPOLY ERFOLGREICH UNTERBROCHEN
LANGEN STRASSE/OSNABRÜCK BESETZT

Am 28. Juni wurde in Osnabrück eine alte Glaserei an der Langen Strasse besetzt.
Initiiert wurde die Besetzung von der autonomen Antifa-Gruppe. Die Glaserei kann in einem Teil als Wohnraum genutzt werden und sonst vor allem als autonomes Zentrum.

Die Vorbereitungsgruppe hatte die im Stadtrat vertretenen Parteien vor der Besetzung informiert und ihnen deutlich gemacht, daß ein autonomes Zentrum in der Stadt notwendig ist. Dem konnten die PolitikerInnen nichts entgegenhalten.

Am Sonntag, dem 28. Juni ging eine Gruppe von Leute in die Glaserei rein. Das beiligende Fluglatt wurde in der Nachbarschaft verteilt und erste Instandsetzungs- und Einrichtungsarbeiten gemacht.

Nach einiger Zeit kam ein Streifenwagen vorbei. Die Bullen mußten sich mit dem Hinweis auf die Politiker zufriedengeben und zogen wieder ab.

Im Laufe des Nachmittags kamen auch einige Nachbarn, um sich die Räume anzuschauen und zu sehen, was da gemacht wird. Die Resonanz ist zunächst durchwegs positiv.

Es ist zu hoffen, daß nicht so schnell geräumt wird, weil der/die Besitzer/innen schwer ausfindig zu machen sind und weit weg von Osanabrück wohnen und es damit Zeit braucht, einen Räumungstitel zu erwerben.

Grundsätzlich ist die Besetzer/innengruppe verhandlungsbereit, solange dabei ein wirklich selbstbestimmtes Zentrum herausspringt und keine Kompromisse und Vorschriften gemacht werden eingehalten werden müssen.

Wenn das Haus geräumt wird, soll dieses Grundlage sein für Öffentlichkeitsarbeit, öffentlichen Druck und weiteren Verhandlungen mit der Stadt. Auch kann eine weitere Besetzung folgen.

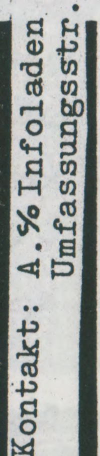
Soweit erstmal. Wenn was passiert, melden wir uns wieder.

Tschüß, euer Infoladen Zett
Alte Muenze 12
W-4500 Osnabrueck
Tel.0541/29606

ANTIFA WORK CAMP

IN BUCHENWALD

23.8. - 30.8.92

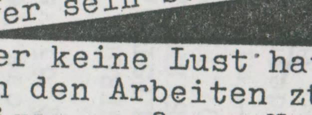


Kontakt: A.% Infoladen im jz"Knast"
Umfassungsstr.76 Magdeb.3018

Dieses ANTIFA-WORK-CAMP soll vorallem der Erhaltung der ziemlich desolaten Gebäude und Räumlichkeiten der Gedenkstätte und der gemeinsamen Arbeit an Projekten dienen. So sollen u.a. Infomaterialien und -tafeln erarbeitet und aufgestellt werden. Diese könnten z.B. über die Situation in den Heimatstädten der TeilnehmerInnen informieren.

Wir werden in einem ca.4 km von Buchenwald und ca.12 km von Weimar entfernten Bungalow-Dorf wohnen, wo außerdem noch Platz zum Zelten ist.

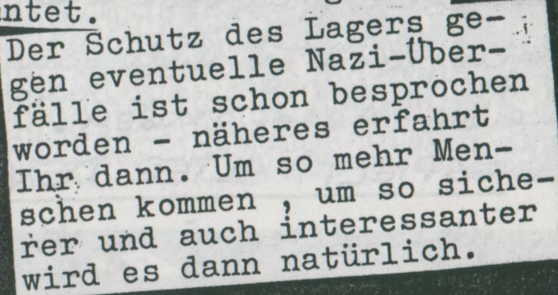
Die Verpflegung ist gesichert und kostet pro Essen 2,50 mark. Es gibt aber nur Abendbrot und Frühstück - um Mittagessen muß sich also jedeR selbst kümmern, was aber nicht so schwer sein soll.



Wer keine Lust hat, sich an den Arbeiten zu beteiligen, muß pro Nacht noch 2,00 mark bezahlen - für die anderen ist die Übernachtung kostenlos.

Mitbringen müßtet Ihr Isomatte, Schlafsack und die Geräte, die mensch bei zu hoher F... schön, wenn Ihr etwas Material über faschistische Aktivitäten in Eurer Umgebung usw. mitbringen könntet.





Der Schutz des Lagers gegen eventuelle Nazi-Überfälle ist schon besprochen worden - näheres erfahrt Ihr dann. Um so mehr Menschen kommen , um so sicherer und auch interessanter wird es dann natürlich.

Anreise ist am Sonntag, dem 23.8.92 entweder in Buchenwald (Gedenkstätte) oder in Weimar in der Gerberstraße 3. Dort erfahrt Ihr dann, wie Ihr zum Bungalow-Dorf kommt.







MONTAG :
Am Montag soll ein Begrüßungs- und Kennenlern-Plenum stattfinden

Täglich :
Arbeit in Buchenwald oder im Bungalow-Dorf von 9.00- 13.00 Uhr

MITTWOCH od. DONNERSTAG :
abends : Heiter bis Wolkig (Musikkabarett aus Köln, ziemlich gut !)

DONNERSTAG od. MITTWOCH :
abends : "Küchenspione" (ebenfalls Kabarett)

SONNABEND :
abends : Open-Air-Konzert im Bungalow-Dorf gemeinsam mit AntifaschistInnen aus Weimar und Umland

außerdem soll noch eine Diskussionsrunde über Antifa-Arbeit, eine alternative Stadtführung und eine Führung durch das ehem.KZ stattfinden

13. SEPTEMBER 92:

SOLLTE MAN SICH EINBRINGEN?

Am 13. ist es wieder soweit! Bereits das dritte Jahr in Folge findet der Tag der Mahnung, Erinnerung und Begegnung statt.

Leider ist die Beteiligung unabhängiger Antifa- und Infoladengruppen und anderer losen Verbindungen, in den letzten zwei Jahren, nicht besonders hoch gewesen.

WARUM?

Liegt es an dem breiten Bündnis oder sind die Theoretiker dran schuld? Vielleicht ist auch die zu große Kompromißbereitschaft abstoßend! Oder liegt es ganz und gar daran, daß manche denken sie haben die antifaschistische Idee für sich gepachtet und nur ihre Gedanken sind die richtigen, weil ja viele von uns noch nicht das "entsprechende" Alter haben.

SPIELT ALTER DENN NOCH EINE ROLLE?

Gerade jetzt sollten junge Menschen ihre antifaschistischen Ideen, ihre Art und Weise und widersprüchlichen Formen einbringen. Auch wenn es zu starken Diskussionen kommen wird, die Weisheit hat niemand gefressen. Immerhin sind wir ja alle Antifaschisten!

Also laßt uns in diesem Jahr ein breites, buntes, antifaschistisches Bild entstehen, gebt den Besserwissern keine Chance

ES GIBT GENÜGEND JUNGE ANTIFA'S!

NIE WIEDER FASCHISMUS ☆ WEHRET DEN ANFÄNGEN, HIER UND ANDERSWO ☆

Ulf

Näher Info über: Vorbereitungskreis "13. September"
c/o Begegnungsstätte "Pro"
Kiefholzstr. 275 Bln. 1195
Tel.: 632 86 44

Zum ANS/NA

Am 05.02.1990 begann in Stuttgart vor der 17. Staatsschutz/Strafkammer der bisher"grösste"Neonazi-Prozess in der BRD.
Elf Faschisten sind angeklagt gegen das Versammlungsgesetz § 85 verstossen zu haben.
Die "AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN/NATIONALER AKTIVISTEN"(ANS/NA) wurde am 07.12.83 vom Bundesinnen - ministerium verboten.An deren Spitze stand damals das Nazischwein Kühnen(†),stellvertretend agierte der heute besonders aktive C. Worch(FAP,NS,HNG,NL).
Die ANS/NA war damals für mehrere Brandanschläge, Totschlag... verantwortlich, einige Faschisten wurden mit relativ niedrigen Stafen abgeurteilt (s.z.B.Kühnen zw.85-88).
Nach fast vollständiger Auflösung der Organisation traten die meissten "AKTIVISTEN" der FAP bei.

Im Moment läuft eine grosse Kampangne von Seiten der organisierten Faschisten gegen diesen Prozess, dem mit aller Wahrscheinlichkeit eine Verurteilung folgen wird.
Angeklagte wie z.B.C.MALCOCI(Beisitzer der FAP,u. a. am 20.04.89 beim hissen des Transparentes "ADOLF HITLER 100 JAHRE-UNSER AUFTRAG" im WDR-Gebäude beteiligt und M.SWIERCZEK(FAP-Zeitungsherausgeber,Landes-

Swierczek Michael

13
23.7.92
Nr.30

Prozeß in Stuttgart

vorsitzender der FAP in BAYERN/stellv.Generalsekretär der FAP (kann sich geändert haben) und verantwortlich für mehrere Anschläge...sind nur einige die hier benannt werden sollen.
Als Verteidiger der Faschisten tritt wieder einmal der rechtsextreme Rechtsanwalt RIEGER aus Hamburg auf,der bisher schon einige Prozesse gegen NFler verteidigte.
Laut gerichtlichen Vereinbarungen wird das Urteil für den 03.08.92 anberaumt.Falls es zum Urteilsspruch kommt wird mit einer massiven Demo seitens der Faschisten in Stuttgart gerechnet.

Falls ihr Infos erhalten wollt,dann über unten genannte Kontaktadresse.

Wir werden die Entwicklung vom Prozess auch in nächster Zeit verfolgen und kontinuierlich weiter berichten.



Kontaktadresse:
ZFB,AK Bewegung
Keplerstr.17
7000 Stuttgart 1
Tel:0711/1213054

"ROCK GEGEN Links" IN ERFURT

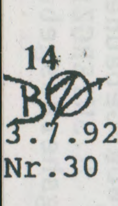
Am Samstag, dem 4.7.92 fand in Erfurt im städtischen Jugendklub "Urne" ein Konzert unter dem Motto "Rock gegen Links" statt. Dazu wurde 1 Woche vorher in der Stadt öffentlich plakatiert.- Nachfragen beim Jugendamt ergaben, daß dieses direkt an der Organisation beteiligt war. Faschistische Tendenzen könne das Amt bei den Bands aus Thüringen und Hessen mit Namen wie "Brutale Haie/ Kappelle Oi", "Kettenhunde", "Reichswolf" nicht ausmachen. Ausserdem wäre die Zusammenarbeit mit rechten Jugendlichen auf der selben pädagogischen und sozialenarbeiterischen Linie zu sehen, wie die Finanzierung und Zusammenarbeit mit dem AJZ. Dabei wurde dann noch nebenbei angekündigt, daß die Skins demnächst ein Haus in der Nordstraße erhalten sollen.

Nachdem das Konzert bekannt wurde, war die Empörung und die Wut groß darüber, daß die Faschisten schon wieder öffentlich auftreten und hetzen können. So fanden sich gleich einige Menschen, die dem nicht tatenlos zusehen wollten und Widerstand ankündigten. Das Jugendamt versuchte, öffentlichen Protest zu verhindern und rief die nach ihrer Meinung stellvertretenden Personen für die Linke und Rechte Szene, für Montag an einen Tisch. Das waren Faschos, das Jugendamt und ein Vertreter des AJZ. Bei diesem Gespräch wurde ein sogenannter "Waffenstillstand" ausgehandelt. Der Vertreter des AJZ erklärte es würde keine Angriffe, gleichwelcher Art, auch keinen öffentlichen Protest von Seiten des AJZ geben.- Dafür erklärten dei Fsachos, sie würden dafür sorgen, daß es nach und während des Konzerts keine Ausschreitungen gäbe.

Die Menschen, die bereits Widerstand angekündigt hatten, sahen dieses allerdings ganz anders. Sie standen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Ausbreitung der faschistischen Banden nicht beizukommen ist, in dem man sich auf fragwürdige Absprachen mit Faschos und Gesprächen mit inkompetenten Personen aus dem Jugendamt einläßt, sondern nur durch öffentliches Auftreten, Behindern oder Verhindern von Nazi-Propaganda.

Deshalb wurde zur Demonstration um 18.00 Uhr auf dem Anger aufgerufen, 2 Stunden vor Beginn des Fascho Konzertes.

Zwei Tage vor dem Konzert wurde das seit einem halben Jahr besetzte bunte Haus in der Lassallestr. 57 von ca. 7 Faschos angegriffen. Trotz Gegenwehr gelang es ihnen 2 Fensterscheiben einzuwerfen, danach flüchteten sie, bekamen aber später noch die entsprechende Reaktion zu spüren. Weiterer Nazi-Terror fand in den nächsten Tagen statt. In der Stadt wurden einzelne alternativ aussehende Menschen von Faschos angegriffen und zusammengeschlagen.



Am Samstag, in der Stadt war Kirchentag und etliche Prominenz hatte sich angekündigt, sammelten sich auf dem Anger ab 18.00 Uhr ca. 150 Menschen. Der Vertreter des AJZ hatte sich vorher von der Demo öffentlich distanziert.
Das Jugendamt hatte seinen Vertreter auf den Anger geschickt, um die Demo zu verhindern.
Als die Demo dann begann unternahm dei Polizei 2 Versuche, mit den Leuten , die vorne liefen ins Gespräch zu kommen, sie zum anhalten und zum Abbruch der Demo zu bewegen. Um so perplexer waren die Bullen, als niemand auf sie hörte, die Menschen einfach weiterliefen und sie völlig konsterniert stehenblieben.
Am belebten Punkten wurde ein Flugblatt zu unserem Protest gegen das Konzert verlesen.
Der Demonstration schlossen sich immer mehr Leute an, so daß es zum Teil sicher über 200 Leute waren.
Dann gab auch die Polizei bekannt, daß die Demo, sollte sie friedlich verlaufen, stattfinden könne.
Nach knapp einer Stunde wurde die Demo am Bahnhof aufgelöst.
Laut Infos der Presse gab es noch eine Bombendrohung, die jedoch vom anwesenden Vertreter des Jugendamtes nicht weitergeleitet wurde.
Um ca. 01.30 Uhr wurde das Konzert, das fast zu Ende war, von ca. 200 Antifas angegriffen. Die Polizei begab sich jedoch fast sofort schützend vor die Faschisten. Dafür mußten sie den Steinhagel einfangen, der den Faschos entgegenflog. Die Polizei und BGS versuchten die Antifas einzukesseln, was ihnen jedoch dank der Dynamik der Leute nicht gelang. Nach dem Einsatz von Tränengas und Hundestaffel mußten sich die Antifas jedoch zurückziehen.
Leider kam es zur vorübergehenden Festnahme eines Antifas.
Im weiteren Verlauf des Tages blieb es ruhig.

FAZIT:

1. Es war für uns neu, und wir betrachten dies als neue Qualität,daß das Jugendamt, aus einem sonderbaren Demokratieverständnis heraus, für und mit den Faschos ein Propaganda Konzert organisiert.

2. Schien uns die Erfurter Szene zumindest am "Minimalkonsens", dem "offenen Antifaschismus" bisher noch fähig und gewillt zumindest punktuell zusammenzuarbeitn, so hat sich dies inzwischen geändert.
Es ist klargeworden, daß bestimmte Menschen die Spaltungspolitik der Stadt und des Jugendamtes mittragen, wenn nicht gar mitbetreiben. Dies war eine Erfahrung, die für die Zukunft Konsequenzen erfordert.

Einige Erfurter Antifas

zum Prozeßverlauf in Eberswalde - oder: Heute in Uniform, Morgen ohne Jacke

Beim achten Prozeßtag waren,im Vergleich zu den vorherigen Tagen,relativ wenig(offensichtliche!) Faschos dort und so ungefähr 25 AntifaschistINNen,was erstmal gut war.
Dennoch bewegten sich die Faschos sehr selbstsicher in den Räumen des Gerichtes und in der Stadt.
Zwei uniformierte Neonazis kamen ganz bewußt, um im Gerichtssaal ihre faschistische Provo abzuziehen.
Und der Richter versuchte es mit pädagogischen Erziehungsmaßnahmen : Er verwies die 2 Faschos wegen der Uniformen des Raumes.Beim Verlassen des Gerichtssaales wurde ihnen Nazischwein hinterhergerufen, worauf einer von ihnen seinen Mittelfinger in den Raum hielt(was ja wohl auf gut deutsch "Fuck you" heißt,wie der Richter bemerkte).
Der Richter ließ ihn daraufhin festhalten,steckte ihn für ca.zwei Stunden in einen Raum(zum NACHDENKEN!) und ließ ihn dann laufen.Seine beleidigende Handbewegung wäre nur eine Reaktion auf die Provokation des Ausrufs- Nazischwein gewesen,und ging somit straffrei aus.
Auf den Anstecker mit der Aufschrift "ich bin stolz,ein Neonazi zu sein",der an der Jacke von einem der beiden Faschos hing,wurde von Seiten der Staatsanwaltschaft und des Richters gar nicht reagiert.

Der Richter erklärte bezüglich seiner Einstellung zu dem Prozeß,daß es ihm darum ginge, Gerechtigkeit für die Angeklagten zu erreichen.
Daß es um einen Mord-einen rassistischen,faschistischen Überfall mit Todesfolge geht,ging dabei so ziemlich unter.

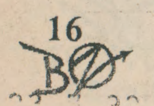
Einigen nicht deutschsprachigen MigrantINNen versuchten wir durch Simultanübersetzen zu ermöglichen,den Prozeßverlauf mitzuverfolgen.Dieses gestaltete sich aber sehr schwierig,denn die Akustik des Raumes war einfach beschissen;außerdem war das Redetempo des Richters oft sehr hoch.Auf unsere Anfrage,doch bitte etwas langsamer zu sprechen,um das Übersetzen möglich zu machen,kam jedoch wenig Kooperation,sondern die Bemerkung "deutsch ist die Amtssprache".AHA.

Auf jeden Fall wärs sehr gut und wichtig,wenn weiterhin viele und noch viele mehr den Prozeß besuchen,um den Faschos nicht die Chance zu geben,sich dort zu profilieren.O.K.?!

Also,die nächsten Prozeßtermine nach der Sommerpause sind:
19.8. um 8.30 in Eberswalde/an der Friedensbrücke 24
22.8. Frankfurt/Oder (Plädoyers)
23.8. Frankfurt/Oder (Urteilsverkündung)

Interessierte können sich zwecks Mitfahrkoordination und Infos an die Antirassistische Initiative wenden.
Tel.:8619422

Zum Schluß noch: Einer der Uniformierten Faschos hat später dann draußen seine Jacke verloren...es waren jedenfalls jede Menge Flugis von der NF(Nationalstische Front)Berlin drin.



Katholikenproblem lösen!

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Katholiken. Im Gegenteil, jeder Katholik, der sauber ist und hier seit Jahren Steuern zahlt, ist uns willkommen. Wir wehren uns nur dagegen, daß wir Schleswig-Holsteiner durch den Zustrom von schwarzen Schafen und ihren bischöflichen Hirten unsere kulturelle Identität verlieren.

Leider ist es den meisten Katholiken aufgrund ihrer fundamentalistischen Einstellung bisher nicht gelungen, ihre naturreligiöse Vorstellung von Sexualität, nach der sexuelle Handlungen nur zum Zwecke der Fortpflanzung ausgeübt werden dürfen, abzulegen. Das führt dazu, daß diese Bevölkerungsgruppe, die wir einst als Gäste in unser Land riefen, sich hier vermehren, wie die Karnikel in der Geest. Sind es nicht jene Katholiken, die durch ihre beharrliche Ablehnung jeder Form von Empfängnisverhütung in erheblichem Umfang zur Verschärfung von Problemen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beigetragen haben und damit die Stabilität der D-Mark in Gefahr bringen?

Nach Untersuchungen des Landeskriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, daß 78,47% aller bayrischen Straftäter Katholiken sind. Allein diese Zahl macht schon deutlich, daß der dramatische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholikenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholiken in unserem Schleswig-Holstein eine Minderheit dar, doch alleine in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese Zahl um mehr als 22% auf 157.000 erhöht. Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bildnis eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst soweit kommen, daß sich keine schleswig-holsteinische Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?

Nach wie vor stehen eine Vielzahl der religiösen Rituale der Katholiken im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu nur zwei Beispiele: Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die Katholische Kirche ihren Priestern kategorisch die Eheschließung und Familiengründung.

Während nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es Frauen in der Katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden.

Muß es erst soweit kommen, daß der Erzbischof von Köln die Macht an sich reißt, um das Grundgesetz außer Kraft zu setzen und seinen sogenannten Gottesstaat ohne demokratische Legitimation zu errichten?

Besonders besorgniserregend ist für Fachleute die Tatsache, daß zwischen der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1961 und dem Anstieg der Katholikenzahl in Schleswig-Holstein direkte Zusammenhänge vermutet werden können. Hier ruhen sich Katholiken ganz offensichtlich in der Hängematte unseres Wohlfahrsstaates aus. Zwar sind wir noch eines der reichsten Länder dieser Erde, aber wie lange können wir uns diesen Mißbrauch durch die Katholiken noch leisten?

Bereits jetzt sind die negativen Einflüsse der Katholiken auf die deutsche Wirtschaft erkennbar.

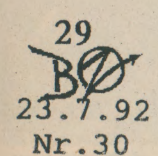
Die hohe Anzahl ihrer religiösen Feiertage führt zu Produktionseinbußen in Milliardenhöhe. Dies hat die Konkurrenzfähigkeit z.B. zur japanischen Industrie, in der so gut wie keine Katholiken arbeiten, erheblich beeinträchtigt. Muß die deutsche Wirtschaft erst völlig am Boden liegen, bis die Katholikenflut eingedämmt wird?

Die Katholiken haben einen eigenen Staat, eine Heimat, in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, geschieht dies in der Regel nur aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl der Vatikan das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt hat. Müssen wir am Ende alle 900 Millionen Katholiken der Erde bei uns aufnehmen?

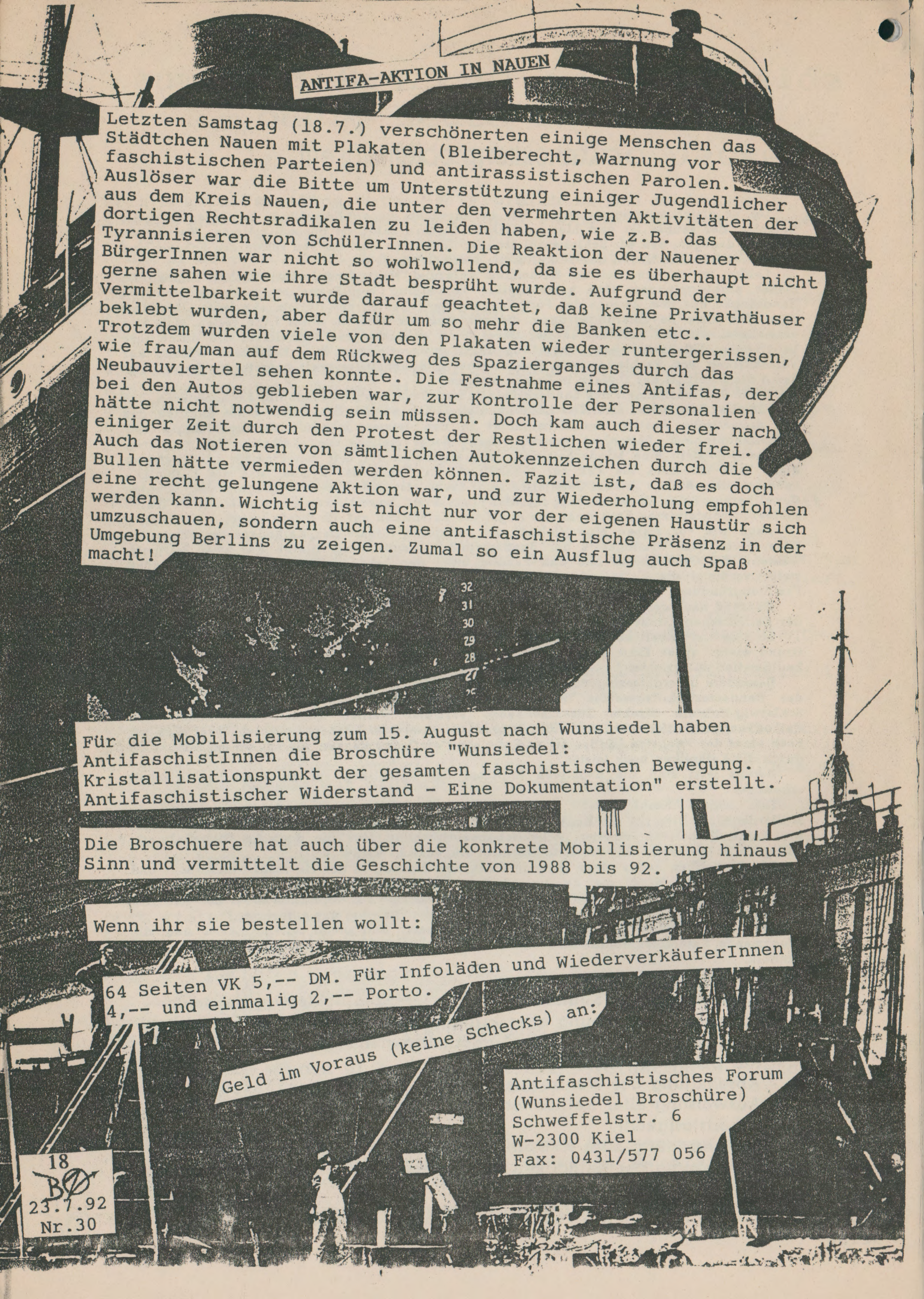
Nein, wir können das Katholikenproblem dieser Welt nicht alleine lösen und die zunehmende Katholikenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein erfordert sofortiges Eingreifen und Handeln.

Wir schlagen deshalb vor:

- Abweisung aller Katholiken an den Grenzen Schleswig-Holsteins!
- Sofortige Abschiebung aller kriminellen Katholiken in den Vatikan!
- Erteilung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung für Katholiken nur bei Nachweis eines Arbeitsplatzes!
- Abschaffung des Wahlrechts für Katholiken!
- Ausweisung aller Katholiken bei Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit!
- Unterbringung aller Katholiken in Gemeinschaftsunterkünften!
- Ausweisung der Katholiken bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten!



DAS BOOT IST VOLL! STOPPT DIE KATHOLIKENFLUT!



ANTIFA-AKTION IN NAUEN

Letzten Samstag (18.7.) verschönerten einige Menschen das Städtchen Nauen mit Plakaten (Bleiberecht, Warnung vor faschistischen Parteien) und antirassistischen Parolen. Auslöser war die Bitte um Unterstützung einiger Jugendlicher aus dem Kreis Nauen, die unter den vermehrten Aktivitäten der dortigen Rechtsradikalen zu leiden haben, wie z.B. das Tyrannisieren von SchülerInnen. Die Reaktion der Nauener BürgerInnen war nicht so wohlwollend, da sie es überhaupt nicht gerne sahen wie ihre Stadt besprüht wurde. Aufgrund der Vermittelbarkeit wurde darauf geachtet, daß keine Privathäuser beklebt wurden, aber dafür um so mehr die Banken etc.. Trotzdem wurden viele von den Plakaten wieder runtergerissen, wie frau/man auf dem Rückweg des Spazierganges durch das Neubauviertel sehen konnte. Die Festnahme eines Antifas, der bei den Autos geblieben war, zur Kontrolle der Personalien hätte nicht notwendig sein müssen. Doch kam auch dieser nach einiger Zeit durch den Protest der Restlichen wieder frei. Auch das Notieren von sämtlichen Autokennzeichen durch die Bullen hätte vermieden werden können. Fazit ist, daß es doch eine recht gelungene Aktion war, und zur Wiederholung empfohlen werden kann. Wichtig ist nicht nur vor der eigenen Haustür sich umzuschauen, sondern auch eine antifaschistische Präsenz in der Umgebung Berlins zu zeigen. Zumal so ein Ausflug auch Spaß macht!

Für die Mobilisierung zum 15. August nach Wunsiedel haben AntifaschistInnen die Broschüre "Wunsiedel: Kristallisationspunkt der gesamten faschistischen Bewegung. Antifaschistischer Widerstand - Eine Dokumentation" erstellt.

Die Broschuere hat auch über die konkrete Mobilisierung hinaus Sinn und vermittelt die Geschichte von 1988 bis 92.

Wenn ihr sie bestellen wollt:

64 Seiten VK 5,-- DM. Für Infoläden und WiederverkäuferInnen 4,-- und einmalig 2,-- Porto.

Geld im Voraus (keine Schecks) an:

Antifaschistisches Forum
(Wunsiedel Broschüre)
Schweffelstr. 6
W-2300 Kiel
Fax: 0431/577 056

Stoppt die Nazigewalt an der Schule!

An der Gesamtschule Nauen gibt es nicht nur die an vielen Schulen üblichen Probleme: Lehrermangel, Unterrichtsausfall, schlechtere Zensuren durch Umstellung und erhöhtem Leistungsdruck, Verunsicherung über Lehrinhalte und die Zukunft ("Bekomme ich später einen Ausbildungsplatz, Arbeit...?").

Obendrein terrorisiert eine Gruppe rechtsradikaler Halbstarker ihre Mitschüler innerhalb und außerhalb des Unterrichts. Sie klopfen nicht nur dumme rassistische Sprüche, sondern erpreßen vor allem jüngere Schüler, zwingen sie zur Herausgabe von Zigaretten, Geld, Essen, Getränken usw. Einem Schüler entwendeten sie aus seiner Tasche unter anderem Federhalter und eine Uhr im Wert von 70 DM. Andere Jugendliche wurden verprügelt, weil sie auf ein Konzert der "Toten Hosen" gingen, die angeblich keine "deutsche Musik" machen. Andere werden angegriffen, weil sie Kontakt zu ausländischen Menschen haben. Einen Schüler, der als Linker bekannt ist, versuchten sie aus der Schule zu verjagen und drohten ihm unter Schlägen an, bei nächster Gelegenheit umzubringen. Statt diesen Schüler zu schützen, wußte die Schulleitung sich nicht anders zu helfen, als ihn bis auf weiteres "vom Unterricht zu befreien".

Nicht nur Schüler, sondern auch Lehrer haben vor dieser Bande Angst, soweit sie nicht sogar mit ihr symphatisieren. Diese Bande ist eine kleine Minderheit, aber da sie geschlossen auftreten, bewaffnet sind und mit großer Brutalität und Aggressivität vorgehen, gelingt es ihnen, die Mehrheit einzuschüchtern.
Einer dieser Jungnazis hat über 30 Strafanzeigen wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung usw. Aber der zuständige Staatsanwalt in Potsdam weigert sich, ein Verfahren einzuleiten.

Sicherlich sind nicht alle Leute im Umfeld dieser Gruppe Nazis, wissen nicht einmal was das ist. Aber wir können uns nicht von einer Gruppe terrorisieren lassen, nur weil nicht zu unterscheiden ist, ob da echte Nazis, Kriminelle oder einfach Jugendliche am Werk sind, die Probleme mit dem Elternhaus, der Schule, dem Alkohol oder der Arbeitslosigkeit haben. Wir und unsere Eltern haben nicht Honecker und Co. gestürzt, um uns nun von solchen Jungfaschisten unterdrücken und zensieren zu lassen.

Diese Nazis sind keine Protestpartei. Sie lenken uns im Gegenteil davon ab, gegen die wirklichen Schuldigen an der sich verschlechternden Lage in Ostdeutschland vorzugehen. Sie behaupten z.B. unsere wachsenden Probleme kämen daher, daß die Grenzen offen sind. Offensichtlich sehnen sie sich nach Mauer und Stacheldraht zurück. Aber Massenarbeitslosigkeit, Mietexplosion, Ostlohn bei Westpreisen und sonstige Diskriminierungen werden nicht von den Ausländern und Flüchlingen verursacht, die bei uns Schutz suchen. Vielmehr sind es die deutsche Bundesregierung, die deutsche Treuhandanstalt, die deutschen Unternehmer, die sich auf unsere Kosten bereichern und hierbei oft Hand in Hand mit den alten Bonzen arbeiten. Natürlich müssen sich die Nazis ermuntert fühlen, wenn auch die Regierung behauptet, es gäbe zuviel Ausländer. Aber was es hier gibt, sind zu viele Spekulanten, Volksverdummer und Nazis. Vielleicht ist auch das der Grund, daß die Polizei unseren Schutz nicht gewährleisten kann.

Wir wollen in Ruhe lernen, arbeiten und leben. Wenn wir dem Naziterror nicht Einhalt gebieten, wird dies immer schwieriger. Deshalb rufen wir alle Schülerinnen und Schüler, Lehrer, Eltern und alle, die von den Nazis früher oder später bedroht sind auf, sich zusammenzuschließen und unsere Sicherheit im nächsten Schuljahr zu gewährleisten.

Jugendliche aus dem Kreis Nauen gegen Nazigewalt

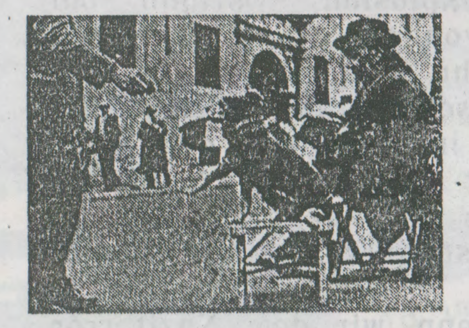
Redebeitrag der Autonomen Antifa auf der Demo am 16.5. in Bochum - Wattenscheid

Folgender Redebeitrag ist von einigen autonomen Antifas aus Bochum
Ersteht nicht für die Meinung aller.
Wir wollen eingehen auf die gesellschaftlichen Bedingungen,mit denen wir international und hier konfrontiert sind.Welchen Stand die Antifabewegung darin hat und vor welchen Aufgaben sie steht.

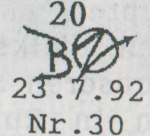


+Dieletzten 2-3 Jahre waren gekennzeichnet durch Golfkrieg,Wiedervereinigung,Zusammenbruch des politischen und ökonomischen Systems in den Ländern des Warschauer Pakts,den dortstattfindenden nationalistischen Kriegen und Niederlagen der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog.3.Welt.
All dies heißt für uns ein erstarkter Imperialismus der NATO-Staaten.(Der babarische Golfkrieg,die Unterdrückung der Kurdinnen, die Unterstützung des Putsches in Algerien sollen hier nur kurz benannt sein.)Durch den Zusammenbruch des Warschauer Pakts ist ein Machtvakuum entstanden und die Unterstützung von dort fehlt den Befreiungsbewegungen der Welt.
Die Niederlagen vieler Befreiungsbewegungen haben bei uns ein Verlust von Hoffnungen und einer konkreten Utopie ausgelöst.
Die Verkommenheit des Realexistierenden Sozialismus führte zu einer starken Abwertung der Begriffe Sozialismus und Revolution in breiten Teilen der Bevölkerung.Der rasche Wechsel zur Marktwirtschaft in den ehemaligen Ostblockstaaten und das die Menschen dort dies anscheinend wollen,lassen den Kapitalismus als Erfolgreichstes und bestes Wirtschaftssystem erscheinen.
Nun mästen die Industriestaaten sich an den Märkten,sprich an den Menschen im sog.Osten.Allen voran die BRD,die dieEx-DDR wie eine Kolonie behandelt.
Die BRD ist zur Industrienation Nr.1 geworden.Dominierend in der EG,die die Vorherrschaft zu Japan und zu den USA anstrebt.

Gleichzeitig laufen in der BRD massivste Sparkurse,Rationalisierungsmaßnahmen und Kürzunden im Sozialbereich.Arbeitslosikeit und Verarmung nehmen immer mehr zu.
Vor allen Frauen,Ausländer/innen,alte Menschen,Kranke und Behinderte haben die größte Last zu tragen.
Es herrscht der blankeSozialdarwinismus,d.h. der Stärkere,der Aggressivere und der Skrupellosere setzt sich durch.
Die Menschen stehen unter einem starken Druck.In ihrer Vereinzelung werden sie immer unsicherer und resignieren.Gleichzeitig nimmt die Aggression und Gewalt zu.



Um diesen sozialen Sprengstoff zu entschärfen und die dort freiwerdenden Energien für sich zu nutzen,propagiert die CDU-Regierung,im Schlepptau SPD und Teile der Gewerkschaft,den Nationalismus und den Rassismus.



23.7.92
Nr.30



Ohne Perspektive,eigene Persönlichkeit oder dem Zugehörigkeittsgefühl zu "denen da unten,gegen die da oben" wird die Nation zum Begriff und zur Identität.Eine Familie per Geburt,auf die die Leute zurückgreifen,wenn es ihnen schlecht geht.Sie fühlen sich zugehörig zu etwas Starkem.Erfolgreichem,Siegessicherem und erlangen dadurch das persönliche Gefühl von Wichtigkeit und Wert.
Die Feiern nach dem WM-Sieg auf bundesdeutschen Straßen hat dies allzudeutlich gezeigt.

Vor allem Männer identifizieren sich mit der Nation.Dem Großen, Starken,Aggressiven,in dem das Recht des Stärkeren gilt und nicht "gleiches Recht für alle".Hier Unterliegt auch der Gleichberechtigungsanspruch der Frauen.Sexistische Werbung,sexuelle Attacken auf der Straße und zuhause nehmen zu,sowie die schlechter Stellung der Frauen vor Justiz,auf Behörden,bei der Jobsuche,etc.

Sorgt der Nationalismus auf der einen Seite für "das positive Gefühl"von Gemeinschaft(in einem Volke,von gleichem Blute und somit alle gleich),dient der Rassismus dazu,den immer noch immer noch vorhandenen Druck,den Frust und die Aggression abzu bauen.

Es wir ein Sündenbock gebraucht,gesucht und gefunden.Nämlich, die,die außerhalb der Nation und Rasse sich befindenden.Beim Suchen und Finden waren die Politiker aller Coleur und die Medien einsame Spitze und die an die 50 Todesopfer seit der Wiedervereinigung,ermordet durch Faschisten und Büregr gehen nicht nur auf das Konto der Brandstifter,sondern auch auf das der Biedermänner.
Die Fremden sollen an Arbeitslosigkeit,Sozialabbau,Entlassungen, Mietwucher schuld sein.Nicht Arbeitsgeber,Politiker,Vermieter,die gerade an dieser Misere verdienen.
Die einen "Fremden" und ihre Kinder leben seit über 20 Jahren hier.Dürfen arbeiten und Steuern zahlen,aber nicht wählen und unterliegen Sondergesetzen den Ausländergesetzen.Dies ist nicht anders zu bezeichnen als eine Art Apartheid.
Die anderen neuen Fremden sind Flüchtlinge,die fliehen mußten vor Diktaturen Terror,Krieg,sexueller Unterdrückung,Hunger und Elend.Alles Bedingungen deren Verursacher und Nutznießer die reichen Metropolenstaaten der sog.l. Welt sind.
Die Politik der Regierenden, die Leute zu spalten und zur Entsolidarisierung zu bringen geht auf.Statt sich Gedanken um ein sozialeres und gerechteres Gesellschaftssystem zu machen,zerfleischen die Menschen sich gegenseitig.



Während Anfang der 70er noch in breiten Teilen der Bevölkerung diskutiert wurde,ob nun der Kapitalismus oder der Sozialismus besser seien, anfang der 80er es nur noch darum ging wie der Kapitalismus zu verbessern sei(siehe Einzug der Grünen in die Parlamente),wird Anfang der 90er diskutiert ,ob ein offen reaktionärer Staat nicht besser sei,als dieser ehedem unterdrückerische Staat.



Und die Linke?
Bis weit in sie hinein finden Nationalismus und Rassismus Anklang. Anstatt die Abschaffung des Ausändergesetes, uneingeschränktes Einreise-und Bleiberecht zu fordern, wird gefordert dasrestriktive Asylrecht beizubehalten oder zusätzlich eine Einwanderungs-quote festzulegen, die auch wieder einen Großteil der Menschen die Einreise hier nicht erlaubt. Hier wird der Parole gefolgt: Kuchen für uns, Krümel für den Rest der Welt.
All das ist für Faschisten Wasser auf ihre Mühlen. Ihre Basis-theorien, Nationalismus und Rassismus, sind breit durch Regierung und Medien verankert worden und sie ernten fleißig diese Saat ab und gelangen in die Parlamente.
Forderung eines Verbots dieser Parteien nehmen sich wie eine Farce aus. Ausgesprochen von einer Minderheit, die dieses schon in den 80ern forderte, und wo Positionen der Faschisten längst zur Regierungspolitik geworden ist.

Von einer so weitgehenden Einschätzung muß, unserer Meinung nach die Antifabewegung ausgehen.

- Antifa ist keine Ein-Punkt Bewegung. Es darf keine Beschränkung geben. Imperialismus, Patriachat, Kapitalismus, Zwangsheterosexualität Sozialdarwinismus gehören alles in die Antifa.
  Antifa ist das Bindeglied und der Verknüpfungspunkt aller freiheit lichen Bestrebungen. Das ist einer ihrer wichtigsten Aufgaben und ihre größte Stärke.
- Die Antifa ist die Bewegung in der momentan die größte Anziehungs kraft und Politisierung von jungen Leuten liegt. Die Bewegung mit der größten Militanzbereitschaft und mit einer sehr wichtigen Funktion für Linke. Als Verteidigungs und Angriffselement gegen die Rechte, um nicht zerschlagen oder zumindest durch rechten Terror, paralisiert und nicht mehr handlungs-fähig ist. Ihre Wichtigkeit wird unserer Meinung nach in den nächsten Jahren zunehmen. Dies weiß auch der Staat und deshalbist die Antifa in den letzten Jahren verstärkt der Repression ausgesetzt. Somietbeinhaltet Antifa auch Antireppressions -und Knastarbeit. Das Sichern ihrer eigenen Strukturen ist für sie überlebenswichtig.

- Wie soll die Antifa sich organisieren? Wo anknüppfen? Mit wem und wie zusammenarbeiten?
  - Antifa kann nicht ohne Theorie auskommen!
    Wir müssen über den Historischen Faschismus bescheid wissen.
    Die Theorien und Strategien der Rechten kennen.
    Unsere eigenen Zielvorstellungen und Utopien diskutieren.
    Dabei ist wichtig das Theorie und Praxis Hand in Hand gehen.
    (Pädagogisieren und Schulmastern darf aber nie auftreten)
  - Organisierung der Antifa
    Wir müssen uns international und im eigenen Land vernetzen
    Eigene Schulung, Fortbildung und Kongresse abhalten
    Ein eigenes Pressewesen haben
    Eigene Finanzquellen auftuen
    Gegenüber allen unabhängig sein. Und nie auf Geklüngel mit Bullen, Justiz oder Stadt(wie zum heutigen Anlass, die Falken es getan haben und die Mobilisierung verhinderten) einlassen. Wir müssen auf unsere eigenen Kräfte aufbauen und so werden wir sie auch ausbauen und stärken.
    Uns in den allen Arten des militanten Kampfs ausbilden
    Die faschistische Infrastruktur ausspionieren und sie zerschlagen
    Unseren Standbeine müssen die Stadtteile, die Betriebe und Schulen sein. Nur sozial ist der Angriff zu stoppen. Nur sozial sind unsere eigenen Ziele zu erreichen.
- Die Antifa muß mit allen angegriffenen zusammenarbeiten. Den Flücht lingen, Ausländerinnen, der Frauenbewegung, den Schwulenund Lesbenund sonstigen Subkulturen. Von ihnen gilt es zu lernen. Das Infrage-stellen eigener Werte sowiedas Lernen antipatriachalen Lebens von den Feministinnen, die Illegalität von den Subs und den Emmigranten etc..
- Und sie muß zeitlich bedingt Schwerpunkte setzen. Zur Zeit, denken wir, müssen wir uns gegen die neuen Massenlager, die nur die Funktion der Abschiebelager innehaben wenden und sie unmöglich machen. Dazu jetzt aber ein anderer Redebeitrag. ....



Wir haben uns entschlossen, den Aufruf zur Demo in Kemnat am vergangenen Samstag wegen des Mordes an Sadri Berisha abzudrucken, weil über die bürgerlichen Medien kaum etwas zu erfahren war.
(aus dem Spinnennetz vom 10.7.92)

Trauer - Wut - Widerstand
Kampf dem Nazi-Terror überall

In der Nacht vom 7. auf den 8. Juli wurde der jugoslawische Arbeiter Sadri Berisha von Skinheads in Kemnat-Ostfildern (bei Stuttgart) ermordet und ein anderer Jugoslawe lebensgefährlich verletzt.
Dieser brutale Anschlag fand nach einem Skinhead-Saufgelage statt, auf dem Hitlerreden angehört wurden und am Schluß beschlossen wurde, jetzt "Polacken klatschen" zu gehen.
In einem nahegelegenen Bauarbeiterwohnheim fanden sie ihre Opfer. Die Faschisten drangen in ein Zimmer ein und schlugen zwei schlafende Jugoslawen brutal zusammen. Einer der beiden, Sadri Berisha, erlag an Ort und Stelle seinen Verletzungen, der andere schwebt noch in Lebensgefahr.
Inzwischen sind 7 Skinheads festgenommen worden, die meisten sind geständig. Drei von ihnen kommen aus Leipzig, die anderen von den Ostfildern. Laut Pressestelle der Landespolizeidirektion Stuttgart gelten zwei der Mörder in der örtlichen Skinheadszene als Rädelsführer.
Dies war nicht der erste Angriff von Neonazis in Kemnat. Schon im Sommer 91 griffen Faschisten ein Grillfest türkischer Menschen an, wobei eine Person lebensgefährlich verletzt wurde.
Die Behauptungen der Polizei, es sei kein politischer Hintergrund erkennbar, ist eine bewußte Vertuschung der bekannten Tatsachen.
Auch dieser Mord reiht sich ein in eine Liste zahlloser rassistischer und faschistischer Übergriffe. Es gab allein in diesem Jahr 9 Todesopfer und zahllose zum Teil Schwerstverletzte. Flüchtlinge und AusländerInnen leben mittlerweile in permanenter Angst und müssen um ihr Leben fürchten.
Solche Angriffe werden zwar von den Faschisten verübt und von PolitikerInnen auch halbherzig verurteilt, sie entstehen jedoch aus einem Klima, das von denen geschaffen wird, die hier eine beispiellose Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und AusländerInnen führen. Es wird ein Sündenbock für die schlechtere soziale Lage geschaffen, an dem sich das angestaute Potential an Unzufriedenheit entladen soll.
Doch nicht Flüchtlinge sind schuld an dem Dilema auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt, sondern die, die hier Milliarden im Jahr auf Kosten der sogenannten 3. Welt und auch den ärmeren Menschen hier verdienen und damit auch Flüchlingsströme produzieren. Das politische Klima hier bildet den Nährboden für immer stärker werdende AusländerInnenfeindlichkeit und für faschistische Organisationen, die darauf bauen, immer mehr Unterstützung für ihre simplen und menschenverachtenden "Lösungsmethoden" zu finden.
Oft wird rassistischen Sprüchen und Angriffen mit Gleichgültigkeit oder sogar mit Zustimmung (zum Beispiel Hoyerswerda oder Mannheim) begegnet. In den seltensten Fällen greifen Einzelne ein oder solidarisieren sich mit den Opfern.
Unser Ziel ist es, gemeinsam Rassismus und dem faschistischen Terror entgegenzutreten und unseren Widerstand verstärkt auf die Straße zu tragen. Wir konnten diesen Mord nicht verhindern, doch wir wollen unsere Wut und Trauer zum Ausdruck bringen.
Deshalb rufen wir zu einer Demonstration gegen Rassismus und Faschismus am Samstag, den 11.7.92 um 11.00 Uhr in Kemnat auf.

Eine überregionale Demo soll eine Woche später am 25.7.92 ebenfalls in Kemnat (Treffpunkt: Haupt-Ecke Heumadenerstrasse) um 11.00 Uhr stattfinden.

Schaut nicht weg - greift ein !
Solidarität mit AusländerInnen und Flüchtlingen !

Antifa-Plenum-Stuttgart

P.s.: Am Freitag, dem 10.7.1992, fand in Kemnat eine Kundgebung aus Trauer und Wut nach der Ermordung von Sadri Berisha statt. An der spontan entstandenen Kundgebung und Demonstration nahmen ca. 70 Menschen aus Stuttgart und Umgebung teil.

Ein „kleines, mutiges Städtchen"

Ein Artikel im Mannheimer Morgen brachte das Problem bereits einen Tag nach dem versuchten Pogrom vom Vatertag auf den Punkt: Neben „Drogenszene", „Alkoholsumpf" und „einem ganzen Rattenschwanz hausgemachter Probleme" gebe es im 17.000 Einwohner zählenden Mannheimer Arbeiter- und Kleinbürger-Stadtteil Schönau „seit fünf Monaten eine neue Schwierigkeit. Das Land hat eine Unterkunft für Asylbewerber in den Gendarmerie-Kasernen eingerichtet". Der Schreiber traf exakt jene geläufige rassistische Assoziationskette „Asylant - Alkohol - Drogen - Kriminalität", die allenthalben zur Legitimation diskriminierender Maßnahmen gegen AusländerInnen dient, sei es nun die Einführung des neuen Asylverfahrensgesetzes oder die Saubermann-Aktion BAVIS in der Frankfurter Innenstadt. Er war sich mit den Schönauer BürgerInnen einig: Anwohner des Lagers, Pfarrer, Sozialarbeiter und der örtliche Honoratiorenverein hatten einmütig die Mitbenutzung einer Turnhalle durch Flüchtlinge mit dem Argument abgelehnt, die gerade erst daraus vertriebene Drogenszene solle dort nicht mit „den Asylanten" erneut Einzug halten dürfen. Denn den AsylbewerberInnen fällt nichts besseres ein, als die Hilfsbereitschaft der „Menschen vom herzlichen Schlag", die im Winter „Säcke mit warmen Kleidern und Spielsachen" bringen, mit lärmenden nächtlichen Trinkgelagen zu erwidern. Kein Wunder, daß sich zwischen Menschen so verschiedenen „Schlages" (sollte man nicht gleich „Rasse" sagen, wo dies doch gemeint ist?) ein „naturgegebenes Spannungsverhältnis (...) entwickelt". - Anna G., Bewohnerin einer Erdgeschoß-Wohnung neben der Flüchtlingskaserne, trat morgens vor die Tür, erspähte einen leeren Waschmittelkarton im Gebüsch und war sich sofort im klaren darüber, wer allein die ordentlichen Grünanlagen so verschandelt haben konnte. Wutentbrannt schleuderte sie den Karton über den Kasernenzaun. Als ihr eine Wachfrau erklärte, daß die AsylbewerberInnen über solche Waschmittelkartons gar nicht verfügten, sondern Waschmittel in großen Säcken zugeteilt bekämen, sprang Herr G. seiner Frau rettend zur Seite und packte die Wachfrau am Kragen. Der kleine Vorfall zeigt, daß der Schönauer Bevölkerung zusätzlich zu den Schwierigkeiten, von denen sie eh schon bedrängt wird, AsylbewerberInnen einfach nicht mehr zugemutet werden können. Wollen die einen, wo „sie", d.h. das „Problem", doch einmal da sind, „das Beste draus" machen, hat die Mehrzahl der Schönauer BürgerInnen besser kapiert, daß die Rede vom „Asylantenproblem" bereits die Art seiner Lösung impliziert und schreitet zum Pogrom.

Stadtteilarbeit

Die Leute fühlen sich zuhause bei dem, was sie tun; in Jogginganzügen und Hausschuhen versammeln sie sich allabendlich vor dem Tor der Kaserne. Sie sorgen quasi für Ordnung in ihrem Vorgarten und machen deutlich, daß das, was sie hier tun, sonst niemanden etwas angeht. Lokal will man das Problem in den Griff bekommen: Der Vorsitzende des örtlichen Siedlervereins beteuert „man wolle doch nur Ruhe und Frieden haben und habe ja überhaupt nichts gegen Ausländer." Schließlich gehe man beim Türken einkaufen. Wenn aber Bonn nicht das Asylproblem löse, „dann stehen vielleicht bald nur noch die Grundmauern der Gendarmerie-Kaserne." Auch der Mannheimer OB Widder (SPD) und die Polizeiführung finden, daß das ganze eine rein lokale Angelegenheit sei: Die ‚auswärtige' Presse und Interessierte gehen leer aus, lediglich die ortsansässige Presse wird mit Informationen und Stellungnahmen versorgt, und auch das so spärlich, daß sogar der Mannheimer Morgen anmerkt: „Offiziell will man es nicht so recht wahrhaben." (31.5.) Zumindest weiß man „es" offiziell aus eigener Anschauung: OB Widder mischt sich unter die zum Sturm auf das Lager bereite Menge, hört sich „die Klagen der Schönauer über die Asylbewerber" an, verspricht, „sich persönlich der Problematik um das Asylantenheim anzunehmen" und fordert schließlich seine „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger" auf, sich durch die AsylbewerberInnen nicht länger zu „unüberlegten Handlungen provozieren <zu> lassen." „Als die Polizei die Menge zurückdrängte, blieb Widder unter den Bürgern." (Mannheimer Morgen, 31.5.) Um die Vorfälle soll geschwiegen werden, damit die SchönauerInnen Flüchtlinge hetzen, bedrohen, schlagen können, ohne sich wegen solcher Bagatellen gleich als RassistInnen beschimpfen lassen zu müssen. Presse und Stadtverwaltung erweisen sich so als

Freunde und Helfer

der Schönauer Bevölkerung, die dabei ist, ihre Interessen couragiert selbst in die Hand zu nehmen.

Als autonome und andere linke Gruppen aus Mannheim und umliegenden Städten beginnen, die Flüchtlinge in der Kaserne zu besuchen, Solidaritätskundgebungen zu organisieren und „zur Vertreibung des deutschen Mobs aus den Straßen von Schönau" aufrufen, hat das Schweigen ein Ende. Der Mannheimer Morgen titelt „Reisende Gewalttäter erreichten Schönau - Krawalle am Asylbewerber-Heim fordern erste (!) Opfer". OB Widder spricht „von einer neuen Qualität der Auseinandersetzung". (4.6.)

Für Solidarität mit Flüchtlingen hat in Mannheim-Schönau wirklich niemand mehr Verständnis. Sie ist im rassistischen Konsens deutscher Provenienz dieselbe unverschämte Provokation der NormalbürgerInnen, als die die AsylbewerberInnen per se wahrgenommen werden. Auswärtige, die Fragen nach den Ereignissen stellen, werden sofort als „Frankfurter Autonome" enttarnt und vom Pfarrer, der erst angeblich im Urlaub ist, kurzerhand rausgeschmissen. Lassen sie sich abends in den Straßen der Schönau blicken, werden sie angerempelt und bespuckt, die Reifen ihrer Autos auch schon mal plattgestochen.

Im Gegensatz zu Hoyerswerda hat die Polizei auf der Schönau von Beginn an funktioniert; sie hat den Mob daran gehindert, das Lager zu stürmen. Wie getreu sie ihrer Aufgabe als

Exekutive des Volkswillens

nachkommt, beweist sie nicht nur, als auf bloße Denunzierung hin mehrere Schwarze, die im Supermarkt einkaufen waren, gleich für mehrere Tage wegen Verdachts auf „Ladendiebstahl" einfahren oder in Person des Waldhofer Beamten, der in seiner Dienstzeit hinter, in seiner Freizeit vor den Absperrungen um das Lager steht. Können sich die SchönauerInnen eine ganze Woche lang ungestört vor dem Lager versammeln, um die Flüchtlinge in Angst und Schrecken zu versetzen, beginnt die Polizei nach den ersten Gegendemonstrationen, das Gebiet weiträumig abzusperren. Antirassistische Kundgebungen werden aufgelöst, es kommt immer wieder zu Festnahmen. Zwei Demonstrationen auf der Schönau am 6. und 13. Juni, für die bundesweit aufgerufen wurde, werden von OB Widder verboten, das Verbot in beiden Fällen vom Verwaltungsgericht Mannheim bestätigt; weil „Sicherheit und Ordnung" gefährdet seien - offenbar doch nur der deutschen Bevölkerung, die als unschuldiges Opfer wieder mal vor Gefahr geschützt werden muß. Die am 6. Juni auf das Verbot hin kurzfristig in die Mannheimer Innenstadt verlegte Demonstration wird dort noch vor ihrem Beginn durch einem brutalen Polizeieinsatz mit Hunden und Pferden auseinandergejagt. 142 Festnahmen und zahlreiche, zum Teil schwer Verletzte sind die Bilanz. Das liefert immerhin die Bilder, die die Presse braucht, um von „gewalttätigen Auseinandersetzungen" schreiben zu können. Am darauffolgenden Samstag ver-

suchen Stadtverwaltung und Polizei, potentielle DemonstrantInnen gar nicht erst in die Stadt zu lassen und versetzen ganz Mannheim in eine Art Belagerungs- und Ausnahmezustand: Die BürgerInnen werden in Handzetteln und großformatigen Zeitungsannoncen „über die voraussichtlichen Gegebenheiten informiert und eindringlich gebeten, sich besonnen zu verhalten und Ansammlungen und Aktionen fernzubleiben, was die Arbeit der Polizei erheblich unterstützen würde." (Pressemitteilung der Stadt Mannheim vom 12.6.) Ein Weinfest wird am Samstag ebenso um 17.00 Uhr, d.h. eine Stunde vor dem Demonstrationsbeginn, geschlossen, wie die Straßencafés in der Innenstadt. Alle größeren Straßen in die Stadt werden durch Straßensperren abgeriegelt, alle Autos mit auswärtigen Kennzeichen ebenso kontrolliert, wie sämtliche Straßenbahnlinien nach Schönau und alle Personen, die nach 16.00 Uhr den Hauptbahnhof verlassen. 162 DemonstrantInnen waren bereits in Karlsruhe von der Polizei eingekesselt und so an der Abfahrt nach Mannheim gehindert worden. Das Ergebnis dieser Polizeistrategie war unter anderem, daß insgesamt zwar rund 3.000 Leute demonstrierten, jedoch an verschiedenen Orten: ca. 2.000 in der Mannheimer Innenstadt, etwa 500 auf der Schönau bzw. im benachbarten Stadtteil Sandhofen und der Rest auf die ganze Stadt verteilt in Kleingruppen und teilweise im Polizei-Kessel. 1200 Polizisten aus Sonder-Einsatzkommandos und mehrere Hubschrauber sind involviert; über zweihundert Festnahmen die Folge des Einsatzes, den von einer vor Ort stationierten Leitstelle der Feuerwehr aus persönlich zu dirigieren OB Widder sich nicht nehmen läßt.

Währenddessen versammeln sich unbehelligt im hermetisch abgeriegelten Stadtteil Schönau ca. 250 BürgerInnen vor dem Flüchtlingslager und demonstrieren Rassismus.

Arbeitsteilung

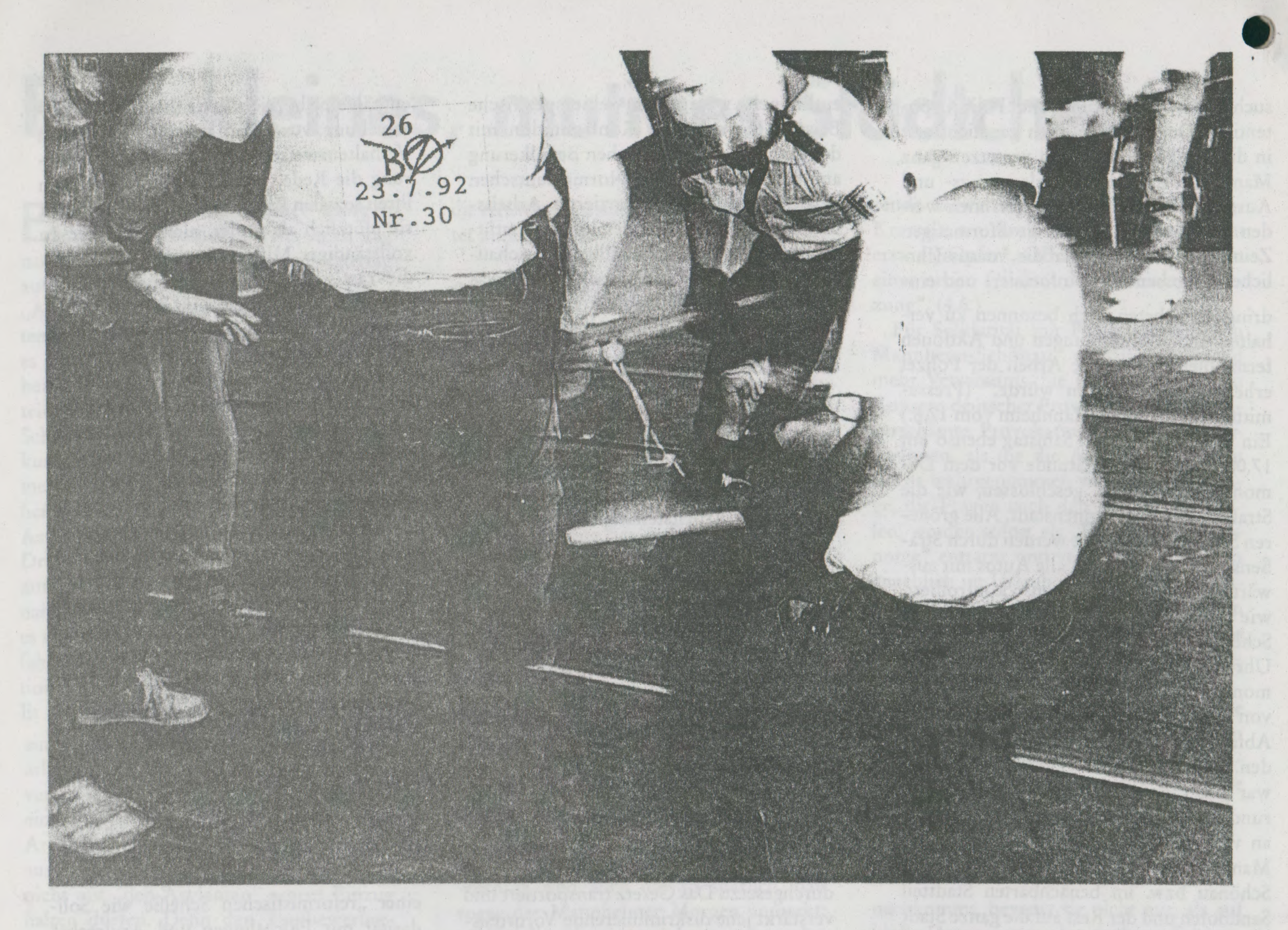
Kann „Schönau" nicht mehr totgeschwiegen werden, seit dort antirassistische Gruppen einzugreifen versuchen, so wird doch der versuchte und weiterhin drohende Pogrom verschwiegen. Durch die massive Intervention der Polizei - sicherlich angetrieben durch das Engagement von OB Widder, der sich als waschechter Rep profiliert, auch unterstützt durch die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts - soll der Konflikt entpolitisiert werden. Thematisch verschoben auf die üblichen „gewalttätigen Auseinandersetzungen" zwischen „Demonstranten" und Polizei, inhaltlich und - durch das bislang erfolgreich durchgesetzte Demonstrationsverbot - örtlich von den rassistischen Angriffen auf der Schönau entkoppelt, wäre er um seine spezifische Brisanz gebracht: die Konfrontation mit der ganz normalen deutschen Bevölkerung auf der Schönau. Die Normaldeutschen bewiesen dort in differenzierter Arbeitsteilung von offener Aggression, unterstützendem Mitschreien, beifälligem Zuschauen und zustimmendem Wegschauen, zu was sie auch ohne Anleitung durch organisierte „Faschos" fähig sind. Sie sollen außerhalb der Schußlinie der Kritik bleiben, sich für ihr rassistisches Verhalten nicht verantworten müssen.

Indem Stadtverwaltung, Polizei, Presse und Gerichte die Schönauer Bevölkerung dekken, sind sie Mittäter, ergänzen sie die rassistische Arbeitsteilung um bedrohliche Momente. Das geschieht nicht unerwartet, ist Rassismus in der Bundesrepublik doch institutionell fest verankert und eben kein bloß lokales Phänomen. Das neue Asylverfahrensgesetz, das am 5. Juni vom Bundestag verabschiedet wurde, stellt den vorläufigen Höhepunkt der fortschreitenden Entrechtung von AsylbewerberInnen dar: mit Gültigkeit ab 1.7.1992 werden „ausnahmslose Lagerunterbringung, straffe Verwaltungs- und Gerichtsverfahren sowie zügige Vollstreckung aufenthaltsbeendender Maßnahmen" (Reinhard Marx in *Informationsblätter Ausländerrecht* 3/92) durchgesetzt. Das Gesetz transportiert und verstärkt jene diskriminierende Vorurteilsstruktur, die auch auf der Schönau die Pogromstimmung anheizte: die Asylsuchenden werden über Internierung in Sammellagern und der generellen erkennungsdienstlichen Behandlung mit denjenigen gleichgesetzt, die als „Kriminelle" bereits erfolgreich stigmatisiert worden sind. Die Lügen von „Asylantenflut" und „Überfremdung" werden durch überfüllte Massenquartiere scheinbar sinnlich wahrnehmbar. Sozial isoliert und markiert, durch die „Asyldebatte" diffamiert und rechtlichen Schutzes beraubt, werden die Flüchtlinge vom Mob als leichte Opfer ausgedeutet.

„Berechtigte Interessen" im „sozialen Brennpunkt"?

Die offene Konfrontation mit der Schönauer Bevölkerung, ihr die uneingeschränkte Verantwortung für das, was sie tut, zuzuweisen, ihre rassistischen Angriffe als solche ernst zu nehmen, wollen auch viele Linke vermeiden. Flugblätter und Presseerklärungen sprechen ebenso wie die Hetzartikel des Mannheimer Morgen vom „sozialen Brennpunkt" Schönau, den vielen Problemen und den „berechtigten Interessen" der dortigen Bevölkerung - hätten in der Gendarmerie-Kaserne nicht auch Wohnungen gebaut werden können oder gar ein Kulturzentrum?! Die Argumentation enthält eine bezeichnende thematische Verschiebung: vorgeblich ist von rassistischen Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung die Rede, tatsächlich aber wird von ihren sozialen Problemen geredet, erscheint sie plötzlich als Opfer, nicht als Täter. In vollständiger Mißachtung der Folgen, die die rassistischen Angriffe für die AsylbewerberInnen haben, wird über diese hinweggegangen. Über dem erscheint die deutsche Bevölkerung als Opfer der AsylbewerberInnen, deren Interessen hier denen der deutschen Bevölkerung vorgezogen worden seien. So wird das Herrschaftsverhältnis, das der Rassismus darstellt, zu einem Interessenkonflikt konkurrierender Gruppen verharmlost, also geleugnet, wenn nicht vollends verdreht. Verständlich nunmehr, das die Deutschen sich gegen solch ungerechte Behandlung „wehren" müssen. So schreibt der Mannheimer Morgen angesichts des versuchten Pogroms vom „kleinen, mutigen Städtchen" und eine linke Gruppe aus Ludwigshafen betitelt ihr Flugblatt „Rebellion ist gerechtfertigt". So freilich gehe das nicht, man müsse den SchönauerInnen erst noch klar machen, daß ihre eigentlichen Feinde Kapital und Staat seien. Damit die Verständigung mit der deutschen Bevölkerung nicht beeinträchtigt werde, solle man nicht länger auf solch einer „reformistischen Scheiße wie Solidarität mit Flüchtlingen und Asylrecht" herumhacken oder gar die BürgerInnen für ihre "Ausrutscher" angreifen. Die Aneignung der Straße durch den Mob, um dort Flüchtlinge zu jagen, aber hat nichts Subversives oder Rebellisches, läßt sich nicht in soziale Revolution wenden, auch wenn die rassistischen Ausbrüche in stupider Monotonie mit dem Verweis auf soziale Probleme gerechtfertigt werden. Denn ob sich Gewalt gegen Herrschende oder gegen Wehrlose richtet, deren Diskriminierung gesellschaftlich akzeptiert ist, ist keine Nebensache, sondern der Unterschied ums Ganze.

Andreas Wittek



An die Bürgerinnen und Bürger auf der Schönau

Nicht für Sie, aber für uns fing alles mit einer gerade 12zeiligen Kurzmeldung in der *FR* v. 30.5. 92 an:

„Am Donnerstag Abend waren in Mannheim 30 betrunkene Männer von einem Vatertagsfest aus zu einem Asylbewerberheim gezogen und hatten in Sprechchören den Ausländern Gewalt angedroht. Ihr aggressiver Krawall zog etwa 300 Schaulustige an. Das Gebäude wurde abgeriegelt, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Sie nahm mehr als 20 Unruhestifter fest. Dabei wurden 2 Beamte durch Glassplitter von Bierflaschen leicht verletzt."

Mann/frau muß diese kleine, unscheinbare Nachricht mehrmals lesen, um Wort für Wort die Widerwärtigkeit dieses Ereignisses zu begreifen. Daß am Vatertagsfest Männern nicht mehr einfällt, als sich zu besaufen, gehört seit Jahren zum Ritual jenes Feiertages. Daß sie sich dabei ankotzen und bestätigen, gehört zu dieser Art von Männerfreundschaft, die hier gepflegt wird - wie der Vorgarten, das Auto, das kleine Häuschen und der Gartenzaun. All das hat seine Ordnung. Völlig in Ordnung war auch, daß der Höhepunkt dieses Vatertagsfestes ein Angriff auf ein Flüchtlingslager war. Das war zwar - spätestens seit *Hoyerswerda* - nichts mehr neues, aber für die Schönauer Bevölkerung wohl höchste Zeit und alles andere als zufällig.

So besoffen diese 30 Männer waren, so genau wußten sie, wohin sie gehen, so einig waren sie sich, wer jetzt keinen Grund hat zu feiern, wer in ihrem aufgeräumten Vorort nichts zu suchen hat.

„Ihr aggressiver Krawall zog etwa 300 Schaulustige an", so die Zeitungsmeldung weiter. Das klingt nach Attraktion, nach Spektakel, ein bißchen Lärm, ein wenig Übermut und 2 Bier zuviel. In einem Land, wo Pogrome und Judenhaß nicht die Handlung von wenigen war, sondern eine rassistische Lebenshaltung von Millionen; in einem Land, wo Selektion und Vernichtung von unwertem Leben *nicht* gegen die Bevölkerung, sonder mit deren Duldung und Unterstützung möglich wurden, ist eine solche Pressenotiz mehr als Verharmlosung und Entschuldigung. Als handele es sich hier um Entgleisungen - und nicht um Gleise, die gestern nach Auschwitz führten und heute zielsicher vor's Flüchtlingslager. Als handele es sich hier um blinde Gewalt, um eine Schnapsidee und eben nicht um eine rassistische Lebenshaltung, die im Exzeß nur öffentlich macht, was viele denken und fühlen und einige immer wieder sagen.

„300 Schaulustige" zog dieser rassistische Angriff an. Und wir fragen Sie, die Schönauer Bevölkerung: was zog Sie an, was machte Sie an, wo Sie ansonsten bei ‚Krawall' schlimmstenfalls die Türen schließen und die Polizei rufen?

Was zog Sie an, auf die Straße, vor's Flüchtlingslager, wo Sie doch ansonsten so für Ruhe und Ordnung eintreten? Und wir fragen Sie, die braven und rechtschaffenen Bürger/innen von Schönau: Was war an diesem Abend, vor dem Flüchtlingslager, „lustig"?

Was fanden Sie an diesem „Krawall" so lustig, wo Sie doch ansonsten „Krawall" so verurteilen?

Anders gefragt: Was machte Ihnen so viel Mut, wo Sie doch ansonsten soviel Angst vor ‚Ausschreitungen' haben?

Was uns entsetzt, sind nicht die 30 Vaterlands-Männer, die die Sau rauslassen, sondern Sie, die Schaulustigen, die Gefallen und Genugtuung daran gefunden haben. Sie, die sich ganz und gar nicht als Minderheit fühlen, sondern stellvertretend für die Mehrheit in Schönau ihre Zustimmung und Unterstützung kund taten.

Es wäre ganz und gar falsch, wenn man Sie mahnend an Hoyerswerda erinnern **wollte - als hätten Sie - wieder einmal -**

etwas vergessen. Im Gegenteil: das bezeichnende an Ihrer Haltung ist, daß Sie gerade *nicht* vergessen haben, sondern dabei sind, es zu wiederholen!

Sie, Schönauer Bürgerinnen und Bürger, sind gerne und bevorzugt ‚Opfer': Opfer einer verfehlten Sozialpolitik, Opfer einer geschwätzigen Asyldebatte, Opfer einer tatenlosen Parteipolitik und zuletzt Opfer einer Vergewaltigung, die ein „schwarzer" Asylbewerber an einer 16jährigen Schönauerin begangen haben soll. Das soll das Faß zum Überlaufen gebracht haben, wo Sie sich so lange haben zusammenreißen müssen.

Sie sind so viel ‚Opfer' wie das Nazi-Deutschland 1939, das von Polen „angegriffen" wurde und deshalb ab 5.30 Uhr morgens begeistert dem Führerbefehl folgte, „zurückzuschießen" ...

Sie wissen so gut wie wir, daß *diese* Vergewaltigung frei erfunden war.

Sie wissen so gut wie wir, daß die meisten Vergewaltigungen nicht von ‚Fremden', ob schwarz oder weiß, versucht oder begangen werden, sondern von Bekannten, Verwandten, von sogenannten unbescholtenen (Familien-)Vätern. Kurzum aus Ihrer Mitte heraus, im Schutz ihres Stillschweigens, also mit Ihrer Duldung und Zustimmung.

Sie wissen sicherlich besser als wir, wieviele Vergewaltigungen in Ihrer Siedlung, in Ihrem Bekanntenkreis, in Ihrer eigenen Familie versucht oder vollendet wurden. Wir wissen von keinem einzigen Versuch, dieses Haus, diese Wohnung zu belagern, Tag für Tag, bis es für jeden Vergewaltiger unerträglich wird, aus Ihrer Mitte heraus zu agieren.

Genau deshalb ist die Vergewaltigung einer 16jährigen Schönauerin durch einen „schwarzen" Asylbewerber mehr als „frei erfunden" (*FR* v. 6.6.92). In ihr tobt sich nur der eigene Wunsch aus, sich das von niemand (anderem) nehmen zu lassen. Deshalb ist es auch falsch, das Gerücht von einer Vergewaltigung als Versuch zu werten, von den eigentlichen rassistischen Motiven abzulenken. Im Gegenteil: Kaum anschaulicher demonstriert es, wie ganz alltägliche sexistische Gewalt(-phantasien) mit rassistischen Lebenshaltungen zusammenwirken und ineinandergreifen.

Doch seien Sie beruhigt. So sehr Sie sich auch als ‚Opfer' der Politik oder sonst etwas fühlen, so *sicher* können Sie sich ihrer sein. Einen Tag nach dem Vatertagsexzeß unterbreitet OB Widder den Schönauern in einem offenen Brief das Angebot, künftig bevorzugt nicht mehr „alleinstehende, junge Männer", sondern vielmehr „Flüchtlingsfamilien mit Kindern" auf dem Gelände unterzubringen. (*FR* v. 6.6.92)

Schneller kann mann ein frei-erfundenes Gerücht - über den Umweg einer Maßnahme gegen Flüchtlinge - nicht zur angenommenen Tatsache machen. Ganz abgesehen davon, daß der Oberbürgermeister mit dieser Maßnahme die Schutzbehauptung regierungsamtlich macht, daß von Familien(-vätern) weniger sexistische Gewalt ausgehe, als von „alleinstehende(n) junge(n) Männer(n)".

Wenn in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen nichts mehr seit jenem Vaterlandstag zu lesen, hören und zu sehen ist, dann heißt das noch lange nicht, daß seitdem nichts passiert wäre. Es herrscht nur Nachrichtensperre, wobei es auch dafür keines Erlasses bedarf, sondern nur einer guten Portion Selbstzensur. Freie Berichterstattung heißt eben gerade auch, die Freiheit, nicht zu berichten. Was nur auffällt, daß genau dies alle (Medien) gleichzeitig tun.

Weder die organisierten Schläger, noch die Schaulustigen, noch die Schönauer Bevölkerung brauchen sich gerade jetzt alleine zu fühlen. Sie können sich der Komplizität der Medien, der (lokalen) Parteipolitik und der Polizei sicher sein. Sie können ungestört, in aller Ruhe weitermachen. Seit dem 29.5. wird Abend für Abend, nach der Tagesschau, das Flüchtlingslager belagert und angegriffen. Die Flüchtlinge trauen sich kaum noch aus dem Lager und wenn doch, können sie sich Anpöbeleien und (tätlicher) Angriffe sicher sein. Sie sollen Stunde um Stunde, Nacht für Nacht um ihr Leben fürchten, nachdem sie, aus Furcht um ihr Leben, aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, in der Hoffnung, hier sicher zu sein. Daß Menschen anderer Hautfarbe, auch ohne Hunger und Krieg, hier um ihr Leben bangen müssen, das demonstriert ihnen die Schönauer Bevölkerung Tag für Tag. Die ‚Entgleisungen' nehmen organisierte Züge an.

Während die Polizei Gelassenheit und Besonnenheit gegenüber dieser völkischen Gesinnung signalisiert, die Pressestelle der Polizei jeden Fahrraddiebstahl zur Meldung macht und über die allabendliche Belagerung des Flüchtlingslagers ‚Stillschweigen bewahrt', zeigt die Polizei dennoch, woher die Gefahr ‚eigentlich' kommt, wovon sie ‚eigentlich' ausgeht. Sie „rät" den Flüchtlingen, das Lager nicht zu verlassen und zog zur Unterstreichung ein 2 Meter nach innen versetztes, zusätzliches Absperrgitter um das Flüchtlingslager. Auf die viel naheliegendere Maßnahme, für Schönau eine abendliche Ausgangssperre zu erlassen, kommt sie nicht.

Für Sie, Schönauer Bürger/innen, ist es kein Widerspruch, für Ruhe und Ordnung zu sein und gleichzeitig das Leben der Flüchtlinge hier zur Hölle zu machen. Ihre Ruhe und Ordnung ist - in der Tat - die Hölle. Die Bereitschaft, alles zum Verschwinden zu bringen, auszulöschen, was Sie mit einem *anderen* Leben, mit Unbekanntem und Verschiedenheit konfrontieren könnte. Sie haben in der Tat Angst -

Autonome L.U.P.U.S. Gruppe

Geschichte Rassismus und das Boot -

wessen Kampf gegen welche Verhältnisse

Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus waren für die Linke seit über 20 Jahren kein eigenes Problem. Die „neue Qualität" rassistischer Angriffe, die auch über einer vorübergehende mediale Würdigung ins linke Bewußtsein vorstieß, scheint die These vom wiedererwachten Großdeutschland, von der „ungebrochenen Kontinuität des deutschen Faschismus" -auf das blutigste- zu bestätigen.
Doch die einfachen Analogien versperren -geradezu mutwillig- die Sicht auf die Zusammenhänge zwischen Rassismus im Modell Deutschland und dem antisemitischen Konsens im deutschen Faschismus.
Der Blick auf Hoyerswerda ist der selbstbestätigende Blick auf einen Rassismus, der politisch und historisch leicht identifizierbar und physiognomisch leicht auszumachen ist. „Solange autonome antifaschistische Praxis vor allem darin besteht, den braunen Rassismus von der Straße zu verdrängen, solange wir gegen den institutionellen, (multi-) kulturellen Rassismus keine Praxis entwickeln - solange machen wir mit multikulturellen Konzepten -ungewollt- eine Sache: *Wir kämpfen gemeinsam um die Wiederherstellung der Normalität.*"
Das Verhältnis der militanten Linken zum Staat Israel zeigt, daß eine internationalistische deutsche Linke, die ihre eigene nationale Bedingtheit leugnet, fast zwangsläufig antisemitische Muster reproduziert.
„Geschichte, Rassismus und das Boot" treibt die seit den Ereignissen des Jahres 1991 in der autonomen Linken entfachten Diskussionen (Golfkrieg/Israel, Rassismus, autonomer Antifaschismus, Herrschaftsbegriff) weiter.

Das Buch „Geschichte, Rassismus und das Boot - wessen Kampf gegen welche Verhältnisse" wird jetzt endgültig Ende Juni zu haben sein. Es erscheint im Verlag „Edition ID-Archiv", hat 180 Seiten und kostet DM 18,-



lität" ist erst die Rede, als wir das gute und mittlerweile geübte Zusammenspiel von Schönauer Bürger/innen und Polizei, Partei-Politik und Medien zu stören begannen - in der Tat, überwiegend von ‚außerhalb', weil bis zu 400 Schönauer/innen täglich nicht *gegen* die Bevölkerungsmehrheit, sondern mit ihrer Zustimmung und Duldung vor dem Flüchtlingslager die Sau rausließen/rauslassen.

Wenn sich ein Volk so einig ist, verdient das nicht nur politische Anerkennung, sondern auch Polizeischutz - mit allen Mitteln. Diese versichert der OB im selben offenen Brief: „Die Polizei hat mit besonnenen Einsätzen in den letzten Tagen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet und wird mit verstärkter Präsenz auch den neuen Herausforderungen gerecht werden und diesen in aller Entschiedenheit entgegentreten."

nicht vor den Flüchtlingen, sondern vor einem Leben, das Ihr eigenes zu Tode geregeltes und voller Vorsorge entstelltes Leben in Frage stellen, ins Wanken bringen könnte.

Die Flüchtlinge sind Ihnen völlig egal - im wahrsten Sinne des Wortes - *gleichgültig*. Sie sind heute Objekt Ihres Lebenshasses und Unterwerfungswillens wie es früher Jüdinnen und Juden waren, wie es heute immer noch Schwule und Lesben, Kommunisten und Oppositionelle sind. Ihre Objekte sind austauschbar - Ihre eigene Lebenshaltung immer dieselbe - ungebrochen.
Sie sagen - im Jahrhundertreim - die Flüchtlinge nähmen Ihnen die Arbeit, die Wohnung, die Sozialhilfe weg. Wir wünschten uns in solchen Momenten wie diesen, all das wäre keine Projektion, sondern Wirklichkeit. Es gäbe gute Gründe dafür - nicht nur für Flüchtlinge.

Wir können uns vorstellen, daß die meisten von Ihnen keinen Flüchtling selbst umbringen wollen und können. Was Sie aber *alle* können und tun, ist ein Klima zu schaffen, das Flüchtlinge dazu treiben soll, abzuhauen, *bevor* es zu so etwas kommt.

Sie, Schönauer Bürger/innen, wollen in Ruhe und Frieden hier leben und machen den Flüchtlingen das Leben zur Hölle - indem sie schweigen, nichts tun, indem sie applaudieren, anfeuern und selbst Hand anlegen.

Wir wollen Sie nicht mit der deutschen Vergangenheit belästigen. Wir wollen nur alles tun, daß Sie nicht in Ruhe und Frieden das Leben anderer zur Hölle machen können.
Wir geben zu, es wird nicht leicht sein, Sie aus Ihrer Ruhe und Fassung zu bringen. So sehr Sie auch auf die ‚große Politik' schimpfen mögen, so viel Rückendeckung und Schutz bietet sie Ihnen an.

7 Tage nach dem Vatertagsexzeß, nach 7 Tagen allabendlicher, genehmigter Belagerung des Flüchtlingslagers, meldet sich der OB Widder nochmals in einem offenen Brief an die „liebe(n) Mitbürgerinnen (und) liebe(n) Mitbürger auf der Schönau" zu Wort: „die Ansammlungen vor der Landesunterkunft für Asylbewerber in der Lilienthalstraße haben ... eine neue Qualität erreicht, indem ... sie zum Anziehungspunkt auswärtiger militanter Kräfte werden. Ich bitte Sie ... Konfrontationen mit *diesen* (Hervorhebung vom V.) Kräften zu meiden." (Offener Brief v. 4.6.1992)

Bei aller Kritik an der ‚großen Politik', Schönauer Bürgerinnen und Bürger: demonstrativer kann sich ein Stadtoberhaupt nicht vor Sie stellen und den Rest auf den Kopf!

7 Tage lang störten weder Sie noch den OB, noch die Polizei die allabendlichen Angriffe auf's Flüchtlingslager. Das war und ist für Sie und den OB - wahlweise - in Ordnung, verständlich und/oder nicht einmal der Erwähnung wert. Von „neuer Qualität"

Dazu darf mann/frau wohl das Demonstrationsverbot in Schönau und sonstwo am 6.6.92, den blutigen Polizeieinsatz in Mannheim am selben Tag, die über 140 Festnahmen, die unzähligen Kopf- und Platzwunden und Hundebisse, den Einsatz von SEK (Sondereinsatz-Kommandos) und zivilen Greiftrupps, die Stürmung des Mannheimer Jugendzentrums usw. zählen. Damit sich der völkische Mob wieder in Ruhe - vor dem Flüchtlingslager in Schönau versammeln kann.

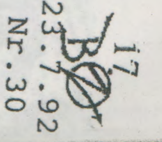
Soviel der OB Widder in seinem offenen Brief auch auf den Kopf stellt, so sehr hat er doch den Nagel auf den Kopf getroffen, als er das enge Band zwischen Schönauer Bevölkerung und Polizei zu würdigen wußte: „Die Polizei hat bei den Einsätzen gegen die auswärtigen Störer die Zustimmung und das Verständnis der Schönauer Bevölkerung erfahren. Dafür danke ich allen, die damit einen Beitrag für die Sicherheit auf der Schönau und der Stadt insgesamt leisten."

Soll uns niemand kommen und sagen, völkische und rassistische Gesinnung könnten sich hier nicht einer breiten, sozialen Basis, der ‚großen Politik' und des polizeilichen Begleitschutzes sicher sein.

Es liegt an uns, an unserer Kraft, an unserer Ausdauer und Entschlossenheit, nicht den Rauch zu vertreiben, sondern die Feuerstelle selbst zu bekämpfen. Diese liegt nicht am *Rand* dieser Gesellschaft, sondern *mittendrin*.

autonome L.U.P.U.S-Gruppe R/M

die seiten 24-28 sind aus'm neuen diskus aus Ffm geklaut





Kein Kommentar Foto: Paul Glaser

Wurde Tatzeugin eingeschüchtert?

Maulkorb für Polizei im Eberswalder Mordprozeß

Eberswalde (ND-Seils). Im Eberswalder Prozeß gegen 5 Jugendliche wegen des tödlichen rassistischen Überfalls konnte auch am gestrigen achten Verhandlungstag das skandalöse Verhalten der Polizei nicht aufgeklärt werden. Wie berichtet hatten drei Zivilpolizisten ohne einzugreifen zugeschaut, als der Angolaner Amadeu Antonio im Herbst 1990 erschlagen wurde. Einer der Zivilpolizisten hatte zur Rechtfertigung angegeben, ihr Einsatzbefehl hätte sich darauf beschränkt, die randalierenden Jugendlichen „begleitend zu beobachten". Bis gestern mittag hatte das Potsdamer Innenministerium noch nicht darüber entschieden, ob es dem Polizeieinsatzleiter eine Aussagegenehmigung über die „innerdienstliche Anweisung zum Einsatz von Zivilkräften" erteilt. Die Verlesung der fünf Polizeieinsatzberichte, die der Innenminister bereits genehmigt hatte, ergab jedoch, daß die Polizei bereits zwei Stunden vor dem Überfall von dessen Planung Kenntnis hatte. Bei den übrigen Tatzeugen wiederholte sich das bekannte Spiel. Auch gestern konnte sich keiner an Einzelheiten erinnern. Eine Zeugin war offensichtlich eingeschüchtert worden. Unbekannte hatten am Freitag ihre Wohnungstür eingetreten. Zu einem Zwischenfall kam es, als ein Besucher mit einer der SA nachempfunden Uniform im Gerichtssaal erschien. Obwohl das Tragen von Naziuniformen verboten ist, wurde er nur mit einer Ermahnung des Saales verwiesen.

Sah die Polizei beim Mord zu?

Achter Verhandlungstag im Eberswalder Rechtsradikalen-Prozeß

Von unserem Redaktionsmitglied Susanne Lenz

Eberswalde. Der achte Verhandlungstag in dem Prozeß um die Tötung des Angolaners Amadeu Antonio gestern in Eberswalde war mit Spannung erwartet worden. Dank der vom brandenburgischen Innenministerium erteilten Aussagegenehmigung über Polizeiinterna sollte Licht in den stark kritisierten Polizeieinsatz in der Nacht zum 25. November 1990 gebracht werden.

Keine Antwort ohne Genehmigung

Polizeieinsatzleiter Peter Krabbe hatte sich vergangene Woche geweigert, weitere Fragen zu beantworten, mit dem Hinweis auf eine fehlende Genehmigung. Gestern lag die Genehmigung vor, aber nur unvollständig, so daß Richter Hartmut Kamp die Befragung Krabbes erneut abbrach. Richter Kamp versuchte zwar, das fehlende Papier, das Verhaltensmaßregeln für Zivilaufklärer festlegt, zu bekommen, aber vergeblich. Das Innenministerium überlege noch, ob es dieses Papier freigibt, so Kamp.

„Die Aussagegenehmigung wird nicht durch uns, sondern das zuständige Polizeipräsidium erteilt", sagte dagegen eine Ministeriumssprecherin. „Von unserer Seite gibt es keine Bedenken. Wir wollen der Wahrheitsfindung keine Steine in den Weg legen."

Die Polizei war während des Prozesses gegen fünf rechtsradikale Jugendliche ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil sie angesichts der in ihrer unmittelbaren Nähe stattfindenden Gewalttaten in einem Pförtnerhäuschen tatenlos zugesehen hatte. Ein Polizist hatte früher ausgesagt, die Polizei habe die Anweisung gehabt, nicht einzugreifen. Aus dem Einsatzprotokoll der bewußten Nacht geht hervor, daß die Polizei schon zwei Stunden vor dem Angriff auf Antonio über die Gruppe von zirka 40 „aggressiven Jugendlichen" in der Bahnhofsgaststätte von Eberswalde informiert war, diese seitdem beobachtete und Verstärkung aus Bernau anforderte. Vernommen wurde gestern eine neue Zeugin, die in der Nacht zum 25. November gegen Mitternacht vor dem Gasthof saß, in dem die verletzten Afrikaner einen Discoabend besucht hatten. Sie unterhielt sich mit ihrem afrikanischen Freund, als sie die Horde der Skins auf sich zukommen sah. Daraufhin seien sie geflüchtet. Peggy B. sah, wie ihr Freund zu Boden ging, und wurde selbst von vier Mädchen angegriffen, die sie als Negerhure und Negerschlampe beschimpft und ihr Reizgas in die Augen gesprüht hätten. An keines der Mädchen will sich die 21jährige erinnern können. Weitere Zeugen, die im Laufe des Tages befragt wurden, konnten sich mehr oder weniger an nichts erinnern. „Wie stehen Sie überhaupt zum menschlichen Leben? Wenn jemand gewaltsam zu Tode kommt, ist Ihnen das egal?", fragte Staatsanwalt Henry Möller einen 19jährigen Zeugen: „Ja."

Neonazis wurden des Saales verwiesen

Während der Verhandlung betraten zwei Besucher den Raum, der eine in SA-uniformartiger Montur, mit braunem Hemd, Springerstiefeln und Bomberjacke und einem Anstecker mit der Aufschrift „Ich bin stolz, ein Neonazi zu sein", der andere mit schwarzen Hosen, Springerstiefeln und einem Bundeswehrhemd. Kamp ließ ihre Personalien aufnehmen und des Saals verweisen.

3. IPI-KONGREß IN WOLFSBURG

Die IPI (International Partnership Initiative) gründete sich im September 1990 in Wolfsburg.

Dieses Jahr, am 17., 18. September'92, wird sich diese erlesene Vereinigung, bestehend aus Größen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wieder im Congress-Park Wolfsburg treffen.

Die IPI selbst hat es sich zum Ziel gesetzt durch eine weltweite Vernetzung von Wirtschaftsmanagement und Forschung die Hauptprobleme der Welt zu lösen.
Als da wären die Bevölkerungsexplosion der 3. Welt und die Kluft zwischen dem armen Süden und dem reichen Norden.
Eigentlich eine noble Absicht, betrachtet mensch jedoch die Teilnehmer und Initiatoren dieses Kongresses tauchen schnell Zweifel an den edlen Absichten der IPI auf.
Ins Leben gerufen wurde die IPI vom VW-Konzern.
Gefördert wird die IPI von der Robert Bosch GmbH,
der Deutschen Bank AG
Siemens AG
Volkswagen AG
The Club of Rome
u. der Stadt Wolfsburg.

Wie diese Auflistung bereits vermuten läßt bekennt sich die IPI zum real existierenden Kapitalismus.

Um die Arbeitsweisen der IPI zu verstehen, über die dank institutioneller Geheimhaltung nicht allzuviel bekannt ist, hier einige Schlüsse, die sich aus Presseartikeln ziehen lassen.
So erschien in der Wolfsburger Nachrichten ein Artikel über ein "weltweites Daten-Netzwerk" der IPI, auf das jeder gegen Gebühr Zugriff haben kann.
Es soll volks- u. betriebswirtschaftliche Analysen, Länderkurzinformationen und Adressen möglicher Kooperationspartner enthalten.
Das heißt aller Wahrscheinlichkeit nach, daß nur zahlungskräftige Unternehmen diese Datei nutzen können und sich ihre "Kooperatiospartner" nach betriebswirtschaftlichen und Rentabilitätsmerkmalen aussuchen können.
Die sogenannte Partnerschaft würde folglich nur ohnehin schon funktionierenden Volks- oder Betriebswirtschaften angetragen, und nicht irgendwelchen Hungerleidern.
Weitaus entlarvender noch ist ein Zitat des IPI-Vorstandsvorsitzenden Peter Meyer Dohm.
Wolfsburger Rundblick: "7,8 Baumilliarden für Wohnungen in GUS-Staaten"
"Die Politik stellt die finanziellen Mittel (), die Wirtschaft nutzt diese Mittel mit größtmöglicher Effizienz ()."
Gute Chancen sieht die deutsche Bauindustrie im künftigen Geschäft mit den GUS-Staaten.

Auch wenn die Infos bis jetzt ein wenig dürftig sind ist es doch abzusehen, daß die IPI ein wichtiges Instrument zur Konsolidierung der "Neuen kapitalistischen Weltordnung" werden soll.

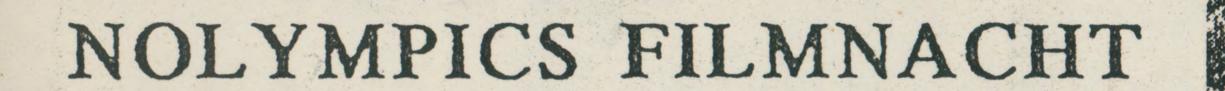
Der Kapitalismus kann nicht die Rettung der Menschheit sein, er dient immer nur der Bereicherung weniger!!!!
Profitgier scheißt auf Ökologie und Humanismus!!!

D E S H A L B K O M M T A L L E

Bundesweites Oppositionstreffen in Wolfsburg 16. - 18. September '92

Gegen den Wolf im Schafspelz!
Für eine Welt ohne Macht und Geld!

Kaschpa-Zentrum
Schachtweg (im Hallenbad)
W-3180 Wolfsburg 1



NOLYMPICS FILMNACHT

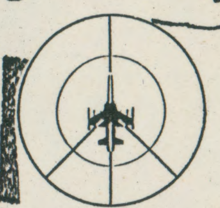
25.Juli 92

Zur Eröffnung der Olympiade in Barcelona

DIE HERREN DER RINGE
Fernsehfilm über das IOC

Monitorbericht über den Berliner Olympiaskandal

BESOS AL BESOS
Ein Stadtteil von Barcelona wehrt sich gegen Umstruckturierung



DIE KAMPAGNE GEGEN WEHRPFLICHT
ZWANGSDIENSTE UND MILITÄ[illegible]
HAT EINE WEITERE BERATUNGSSTELLE

POLITBÜRO

POLITBÜRO, EINSTEINUFER 41, BERLIN-CHARLOTTENBURG
U-BHF. ERNST-REUTER-PLATZ; BUS 245 DIREKT VOR DER TÜR (EINSTEINUFER/MARCHSTRASSE)

BERATUNG ZU:
- (totaler) Kriegsdienstverweigerung
- Erfassungs-/ Musterungsverweigerung
- Reservistenverweigerung
- Wehrflucht
- Zivildienst

Mittwoch 19 - 21 Uhr

DANEBEN
INFOLADEN
in der
Rigaerstr. 84:
POLITISCHE



LYMPIC COMMITTEE BOSS JUAN ANTONIO SAMARANCH
KNEELS BEFORE HIS OLD MENTOR GENERAL FRANCO